



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.  
1886-1916  
1909**

218 (12.5.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-315700](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-315700)

# General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.  
Eingetragene 25 Pfg. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Post-  
ausschlag Nr. 243 pro Quartal.  
Einzel-Nummer 5 Pfg.

Inzerate:

Die Colonel-Zeile . . . 25 Pfg.  
Aufwärtige Inzerate . . . 30 „  
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegraphen-Adresse:

„General-Anzeiger  
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion, Buchhaltung 1449  
Druckerei-Bureau (An-  
nahmen, Druckarbeiten) 841  
Redaktion . . . . . 877  
Expedition und Verlags-  
buchhandlung . . . . . 918

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Geliefteste und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros  
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 4 1/2 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 218.

Mittwoch, 12. Mai 1909.

(Abendblatt.)

### Ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung über die Erbschaftsteuer.

Professor von Schmoller hat im Herrenhause gemeint: wenn die Erbschaftsteuer jetzt nicht durchdringe, werde sie jedenfalls bald kommen. Das sagte er zu einer Zeit, wo noch mehr Aussicht als heute vorhanden war, daß sie noch im Sommer 1909 durchdringen werde. Aber mag man nun die Ausdehnung der Erbschaftsteuer in nächster oder erst in fernerer Zukunft erwarten, in keinem Falle darf die publizistische Arbeit vergeblich sein, die in diesen Monaten von Männern der Wissenschaft und der Praxis zu dem Steuerproblem geleistet wird. Als ein interessanter Beitrag zur Literatur darf die kleine Schrift des Reichstagsabg. Dr. Karl Böhm über: Finanzreform und Bauernstand betrachtet werden, die von der Vereinigung zur Förderung der Finanzreform herausgegeben ist (Verlag Hilger, Berlin und Leipzig). Man kann die sonstigen volkswirtschaftlichen Ansichten Böhm's, eines Mitgliedes der Wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages, teilen oder nicht, jedenfalls ist seine kleine Schrift sowohl als Zusammenfassung von Angaben über Freunde und Gegner der Erbschaftsteuer, wie auch als selbständiges Urteilsmaterial nicht zu unterschätzen. Als Anhänger der Erbschaftsteuer wird da u. a. der verstorbene Vorsitzende des Bundes der Landwirte für Schleswig-Holstein Graf Ludwig Reventlow, der als agrarischer Ultra galt, aufgeführt, ferner die agrarfreundlichen Nationalökonomern Sering, von Wenzlern, sowie die agrarfreundlichen Abgeordneten des Zentrums Dr. Heim und Rosenberger. Wenn von einem Unfall in dieser Sache zu reden sei, dann wäre er höchstens auf der Seite der heutigen Gegner der Erbschaftsteuer zu suchen; zum Beweise dessen werden Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ vom 17. März 1904 und vom 24. Februar 1905 angezogen, die die Besteuerung des Grundbesitzes befürworteten. Dies und anderes sollte zu dem eisernen Bestande des Materials für eine gerechte Beurteilung der Frage gehören, und man muß sich nicht scheuen, diese Tatsachen immer und immer wieder vorzubringen, um so mehr, da sie von der andern Seite ignoriert werden.

Wenn Böhm seine eigene Argumentation vorbringt, spricht er zu den Agrariern wie ein Freund zu Freunden. Er selbst betont, daß er dem Bunde der Landwirte in der Zeit des Zolltariffkampfes beigegeben sei, und läßt über seine bauernfreundliche Gesinnung keinen Zweifel. Kraft dieser Gesinnung fällt er folgendes Urteil:

„Als Vertreter eines bäuerlichen Kreises muß der Verfasser es entschlossen ablehnen, den Kampf gegen die Erbschaftsteuer mitzumachen, eine Steuer, die die ungeheure Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung und des Mittelstandes nicht trifft, die übrig bleibende Minderheit weniger belastet, als das Versteuereinkommen, aber geeignet ist, den Kampf gegen das Großkapital und eine ungesunde Konsumtion und Fiskalpolitik zu fördern.“

Als Böhm sein Widersprechen niederdrückt, war der konservative Wertzuwachssteuerantrag noch nicht eingebracht; für die Zuwachssteuer als solche hegt er durchaus Sympathie, aber er meinte damals, daß es zu spät sei, derartigen Vorschlägen näher zu treten; von irgend einer Voreingenommenheit kann also bei ihm nicht die Rede sein. Einleuchtend

ist sein Nachweis, daß das Versteuereinkommen den kleinen und mittleren Bauern schlechter stellen würde als die Erbschaftsteuer. Mit Recht ist er auch kühl bis ans Herz gegenüber dem Geistes, das von den Konfiskations-Maßnahmen eines sozialistisch-radikalen Zukunfts-Reichstags an die Wand gemalt wird, und im Zusammenhang damit gibt er eine warnende politische Argumentation:

„Eine sozialistisch-radikale Mehrheit, die so hart ist, daß sie auch den Widerstand des Bundesrats überwindet, wird den Dornen danach fragen, welche Gesetze bereits vorhanden sind, sie wird ihre anarchischen Tendenzen rücksichtslos verwirklichen. Das aber sollte jeder weitsichtige Politiker bedenken, daß sozialistisch-radikale Tendenzen sehr viel eher liegen, wenn ihnen der Boden bereitet wird durch einen rücksichtslosen Egoismus der besitzenden Klassen, als wenn eine soziale Reformgesetzgebung die Klassengegensätze mildert und allgemein verständlich macht. Eine Mehrheit gegen eine solche Gesetzgebung zu launigen des bäuerlichen Besitzes bleibt dem Reichstage unso über erhalten, als diejenigen, denen das Wohl des bäuerlichen Besitzes am Herzen liegt, nicht alle Klassen gegen sich und damit auch gegen ihre Schutzobjekte aufwiegen, lediglich weil sie keinen Unterschied anerkennen wollen zwischen den Interessen von Groß- und Kleingrundbesitz. Gerade die führenden Männer des Bundes der Landwirte sollten aus eigener Erfahrung wissen, wie mühslich es ist, alle Schichten der Bevölkerung, die nicht der Landwirtschaft angehören, gegen sich in die Schranken zu zwingen. . . . Man täusche sich nicht, der Kampf gegen die Erbschaftsteuer hat in den nichtlandwirtschaftlichen Kreisen nahezu keine, im Bauernstande nur geringe Sympathie. Es wäre politisch unklug, wollte sich der Bauernstand als Vorposten für eine Sache bezeichnen lassen, die seinen eigenen Interessen keineswegs dient, alle übrigen Schichten der Bevölkerung aber gegen ihn aufbringt.“

Diesen Gedanken variiert er mehrmals. Er faßt den Ablauf der Handelsverträge, der unter den nach normalen Umständen 1911—12 zu wählenden Reichstag fallen würde, ins Auge und schreibt endlich zusammenfassend: „Die Grundlage aller bäuerlichen Zukunft, eine gesunde Wirtschaftspolitik mit Agrarvorteilen, ist gegen den immer stärker werdenden Widerstand nur aufrecht zu erhalten, wenn auch andere Schichten der Bevölkerung mit ihren Sympathien hinter einer solchen Politik stehen. Es erscheint geradezu unwillkürlich, wenn sich der Bauernstand jetzt dazu hergeben wollte, für andere Interessen die Kohlen aus dem Feuer zu holen, um seine eigene Zukunft dadurch zu gefährden.“ Das dürfte doch wohl in bäuerlichen Kreisen nicht ungehört verhallen.

### Der Ausstand der französischen Postbeamten.

Übermals sind die französischen Postbeamten in den Ausstand getreten. Es wird in Frankreich ernst mit dem sozialen Krieg, bitter und blutig ernst. Ueber die Lage am geistigen Tage, also kurz vor der Entscheidung, schreibt der Pariser Korrespondent des „Berl. Tagbl.“:

Der heutige Tag dürfte die Entscheidung darüber bringen, ob der Poststreik Ereignis wird und ob dann die Regierung bereit genug ist, seiner Herr zu werden. Daß nach der heutigen Konvention der Ausstand noch am späten Abend brüchig wird, ist wahrscheinlich. Die Führer der Bewegung haben so oft mit dem Streik gedroht, daß sie kaum mehr zurück können. Schon jetzt erscheint es einigen von ihnen zweifelhaft, ob die Spaltung unter den Beamten nicht schon zu lange angebauert hat und

ein geschlossenes Vorgehen verhindern wird. Offiziell wird deshalb in den Kreisen der Extremen angekündigt, daß diesmal der Streik in der Provinz wichtiger sein werde als in Paris. Trotz dieser Erwartung sammelt das Streikkomitee alle seine Mittel, um für den Kampf gerüstet zu sein. Zwei neue Manifeste sind im Laufe der Nacht veröffentlicht worden. Das eine appelliert an das Parlament, wiederholt noch einmal die Vorwürfe gegen die Regierung und gibt dem festen Entschluß Ausdruck, den „Kampf gegen die Regierung“ (das heißt: den Streik) zu beginnen, wenn das Parlament dem Ministerium zustimmt.

Das zweite Manifest kann Clemenceau große Unannehmlichkeiten bereiten, wenn es auch die Majorität der Kammer in der Streikfrage kaum beeinflussen dürfte. Es ist nicht weiter als das Protokoll einer Sitzung des Streikkomitees vom 21. März, in dem über die Zukunft berichtet wird, die der radikalsozialistische Abgeordnete Drouot, der damals zwischen der Regierung und den Beamten vermittelte, einer Deputation gemacht hat. Drouot hat nach diesem Protokoll versichert, daß die Regierung alle Wünsche der Beamten erfüllen wolle und im besonderen über die Frage der Demission Simhaus gelangt, er habe die feste Überzeugung, daß Simhaus nicht an der Spitze der Verwaltung bleiben werde. Clemenceau könne ein Versprechen in dieser Hinsicht aber nur geben, wenn die Abordnung sich verpflichtet, dies Versprechen geheim zu halten. Als einer der Delegierten sagte, es bleibe noch abzuwarten, ob Clemenceau sein Versprechen halten werde, erklärte Drouot sich bereit, in diesem Falle den Ministerpräsidenten öffentlich an sein Wort zu erinnern. Diese kleine Geschichte wird ihren Eindruck nicht verfehlen, auch wenn nachgewiesen werden sollte, daß Herr Drouot in seiner Absicht seine Vermittlerrolle etwas weiter ausgedehnt hat, als die Umstände es erlaubten. Sie wird vielen Freunden des Ministerpräsidenten wahrscheinlich Anstoß geben, die heutige Debatte etwas plakatär zu gestalten, aber an dem Votum wird nichts ändern. Erst muß in voller Uebereinstimmung der Ordnungsparteien der Streik, wenn er auch noch so entschlossen eintritt, unterdrückt werden. Dann erst kommt die Zeit, mit Clemenceau über die schweren Fehler abzurechnen, die gerade er in der Frage der Beamtenüberlegung gemacht hat.

Von den Maßregeln, die auf beiden Seiten getroffen worden sind, ist wenig Neues zu erfahren. Die Beamten haben an zwölf Stellen der Stadt permanente Streikbüros eröffnet, die eventuelle Ordnung empfangen und an ihren Bezirk weitergeben sollen. Ich habe gestern nachmittags einige dieser Büros besucht. In einem Bureau in der Rue Jean Jacques Rousseau, wo die Verwaltung des Spitalbezirks gerade beriet, wurde jeder Fremde abgewiesen. In anderen war von der Bewegung wenig zu merken. In dem Bureau an der Place Cabanis hat ein französischer Journalist gehört, daß die angekündigte große Ueberparade für Dienstag abend oder Mittwoch früh zu erwarten ist. Für heute abend 12 1/2 Uhr hat der Bund der Post- und Telegraphenbeamten ein Meeting nach dem Hippodrom zusammenberufen, auf dem über die Kammerung berichtet und demnach der Streik verhandelt werden soll. Regierung und Verwaltung zeigen sich diesen Streikbestrebungen gegenüber durchaus optimistisch. Was die sozialistischen Deputierten Willm und Sembat gegen das Kabinett in der Kammer vorbringen werden, ist bekannt. Die Antworten Barthou und Clemenceaus sind durch die Umstände diktiert und der Unterstützung der Majorität fähig. Seit vierzehn Tagen sind große Versprechungen getroffen, um den Verleht auch bei unermwartet großen Schwierigkeiten aufrecht zu erhalten. Wenn also nicht eine neuer Ueberparade eintritt, die bei lebhaften Debatten inmanchen möglich sind, und wenn vor allem die Regierung alles das wirklich ausgeführt hat, was sie seit zwei Wochen antwortete und versprochen ist, der Gang der Ereignisse leicht zu berechnen und darf ohne Besorgnis abgewartet werden.

### Seniileton.

#### Jugend und Politik.

Regierungsrat Dr. C. Voensgen (Berlin).

II.

Ebenso wie in diesen Ausbildungsjahren, wo das jugendliche Gehirn besonders empfänglich für Eindrücke ist, die Jugend im allgemeinen erst denken lernen soll, so ist es auch mit dem politischen Denken. Wenn von vornherein ein bestimmtes Dogma eingeprägt wird, leidet darunter die Fähigkeit, später die wechselnden Erscheinungen des politischen Lebens klar zu beurteilen. Daß für das Vaterland eine solche einseitige, in einem noch nicht urteilsfähigen Alter gebildete politische Stellung, die notgedrungen zu Stumpfheit oder Fanatismus führt, nicht förderlich ist, liegt auf der Hand. Auch wenn sie in der frühen Jugend gewonnene Stellungnahme eine an sich patriotische wäre, so würden doch die so mit Schenkklappen erzeugenen Staatsbürger den wechselnden politischen Verhältnissen und Aufgaben, die ein Menschenalter mit sich bringt, nicht mit der Auffassungsgabe und dem klaren Blick entgegenzutreten wie diejenigen, die in der frühen Jugend die objektiven Grundfragen gewonnen und erst im reiferen Alter eine politische Parteilichkeit nach sorgfältiger Prüfung eingenommen haben. Aber auch für die einzelnen Parteien ist ein beständiges und urteilsfähiges Mitglied, das seine Parteipolitik auf wohlverstandene Gründe stützt, wertvoller als ein solches, das die ihm im unreifen Alter eingeprägten Schlagwörter und Phrasen parrotartig wiederholt. Auch in manchen sozialdemokratischen Kreisen sieht man diesem Gedankengange nicht ganz fern. In allen anderen Parteien hat man denn auch die parteipolitische Agitation nicht auf die Jugend unter 18 Jahren

ausgedehnt, es sei denn, daß man die vielen religiösen Vereine, in der die Jugend allgemein oder nach bestimmten Ständen zusammengefaßt ist, als politische ansehen wolle.

Wenn wir uns nun der Jugend über 18 Jahre, den jungen Leuten, zuwenden, so wird man bei ihnen eine Fortführung der in der früheren Jugend gewonnenen staatsbürgerlichen Vorbildung für zweckmäßig halten. Gerade für die gebildete Jugend könnte auf den Universitäten in dieser Richtung noch mancher, sei es durch häufigere Veranstaltung öffentlicher staatswissenschaftlicher Vorlesungen, sei es durch Einführung derselben in den vorgeführten Bildungsgang auch der Rechtswissenschaften, geschehen. Aber es wird für die jungen Leute in diesem Alter auch eine Beschäftigung mit parteipolitischen Fragen zur Notwendigkeit, damit sie bei Erreichung des wohlhabenden Alters wohl orientiert im politischen Kampfe Stellung nehmen können. Die in den früheren Lebensjahren wegen der Reife des Verstandes gebotene Zurückhaltung soll nunmehr fort. Ebenso wie der junge Mann über 18 Jahre für seine Handlungen strafrechtlich vollkommen verantwortlich ist, muß man ihm auch bei der Wahl seiner politischen Ueberzeugung die Selbstverantwortlichkeit zuerkennen.

Die Art und Weise dieser politischen Ausbildung kann verschieden sein. Die politische Bildung durch die Presse gerät schließlich, da in ihr meist nur die Fragen des Tages behandelt werden, und zwar in der Weise, daß die Kenntnis der parteipolitischen Verhältnisse vorausgesetzt wird. Auch die Beschäftigung mit Literatur, die über parteipolitische Fragen orientiert, kann nur zur Unterstützung einer anderweitigen politischen Ausbildung in Betracht kommen. Das Hauptgewicht muß auf die Schulung in politischen Vereinen und Versammlungen gelegt werden. Während nun die Sozialdemokratie durch die Entschiedenheit des Rürnberger Parteikongresses die selbständige Bildung von Jugendorganisationen abgelehnt hat, die jungen Leute

über 18 Jahre vielmehr unmittelbar den bestehenden Parteiorganisationen und Gewerkschaften beitreten will, bestehen bei anderen Parteien bereits besondere politische Vereinigungen der jüngeren Männer, in denen das Hauptgewicht auf die politische Schulung gelegt wird. Das Zentrum ist mit seinen Windhorst-Bünden vorangegangen. Dann haben sich die Vereine der nationalliberalen Jugend, die sich auch Jungliberale nennen, gebildet, neuerdings gibt es freisinnige Jugendvereine, auch in konservativen Kreisen (Potsdam) sind ähnliche Bestrebungen im Gange. Bisher sind am meisten, insbesondere auch mit der Befanung ihrer Ziele und Arbeitsmethode, die nationalliberalen Jugendvereine in die Öffentlichkeit getreten. Während das Vereinsgesetz die untere Grenze angibt, ist als Höchstgrenze für ordentliche Mitglieder das 40. Lebensjahr festgesetzt. Mit dem Vereinsgesetz ist auch die Aufnahme von Frauen beschlossen worden. Schon bei dem ersten 1899 in Köln gegründeten Verein wurde es als Nebenbestimmung, die Jugend systematisch mit der Politik vertraut zu machen, damit sie nicht später zur Menge der Konventionen gehören müsse, die fruchtlos und verständnislos überall mitbräuen. Darauf, daß die Jugend unter sich sei, beruhe die Werbekraft der Jugendvereine. Gegenüber den Tagelängern, die in der Erörterung der Wahlverträge die erste Rolle spielen, wolle man die Fundamentalfragen in freiem Meinungsaustausch erörtern, um, wie es in einer Programmänderung heißt, „vom objektiven Standpunkt aus logisch aufbauend, aus von der Richtigkeit alles Vorgebrachten zu überzeugen und so durch und selbst die Grundzüge zu gewinnen, nach denen wir späterhin in der praktischen Politik unser Verhalten einrichten wollen.“ Der Erfolg hat diesen Grundgedanken Recht gegeben, da für solche Vereine mit freier Betätigung der Jugend, gegenseitiger Weiterbildung und der Schulung in Schlagfertigkeit und parlamentarischen Formen die selbständigen jungen Männer leichter zu gewinnen waren, als für politische Bildungsbereine, die von

M.E. Brüssel, 12. Mai. (Privattelegramm). Le soir mel-
set: Belgische Postbeamtenvereine haben eine Delegierten-Kon-
ferenz für den kommenden Sonntag einberufen behufs Stellung-
nahme zum französischen Postbeamtenstreik.

Politische Uebersicht.

\* Mannheim, 12. Mai 1909

Krügerdepeſche, Marokkopolitik, Orientkriſe.

In einem Nachruf auf den Geh. Rat v. Holstein ſucht
der Legationſrat a. D. vom Rath im „Tag“ den kürzlich
dahingegangenen Diplomaten beſonders von dem Vorwurf zu
reiniigen, daß er an der ominöſen Krügerdepeſche und an der
Tangererleiſe des Kaiſers hervorragend beteiligt geweſen ſei.
Herr vom Rath erzählt dabei über die Vorgeschichte der
Krügerdepeſche folgendes:

Als die Konferenz im Reichſtagpalais ſtatfand, welche ein
Quos ego an die belgiſche Adreſſe beſchloß, wohnten ſie außer dem
Fürſten Hohenlohe und dem Staatsſekretär von Marschall nur die
Herren der militäriſchen Umgebung des Kaiſers bei. Die herbei-
gerufenen Herren Kanjer und v. Holstein warteten auf das Er-
gebnis in einem Nebenzimmer. Als nun Herr v. Marschall in
dieſem Räume erſchien und den Text der Depeſche diktierte, war es
Holstein, der dringend vor ihrer Abſendung warnte. Seine Warn-
ung blieb dem gefaßten Beſchlusse gegenüber wirkungslos.

Gleichzeitig veröffentlicht Herr vom Rath auch in der
Wiener „Neuen Freien Preſſe“ einen Nachruf auf
Holstein. Er macht hier ausführliche Mitteilungen über die
Inaugurierung der deutſchen Marokkopolitik, denen wir
Nachſtehendes entnehmen:

An der Folge verſtändlichen die franko-ſpaniſchen Verhandlungen
über Marokko in Berlin und der Kanjer beſchloß in Neben-
zimmer mit Herrn v. Holstein, dagegen zu demon-
ſtrieren. König Eduards Wort: „Chien qui aboie ne mord pas“
begann zu wirken. Deutſchlands Ignorierung in der marokkanischen
Frage bedeutete mehr wie eine Uebergangung in einer relativ gering-
fügigen Angelegenheit; es bedeutete die öffentliche Feſtſetzung der
Lafache, daß Deutſchland von der maßgebenden
Stellung, die Wiemar ihm geſchaffen hatte, herabgeſtie-
gen ſei und demütigend behandelt werden könne. Zu dieſem
Verluſte durfte die deutſche Politik nicht ſchweigen, und ſo entſchied
man ſich, die Waſſerſprip, die ſeit Wiemarſ Zeit unbenützt im
Schuppen gehanden hatte, hervorzuholen und den bekannten „alten
Woffenſtrahl“ nach Paris zu ſenden.

Der vom Vorjahre her noch beſtehende Wunsch der Tang-
erelei hat den willkommenen Anlaß; ſon konnte jezt ſtatgegeben
werden. Unter Holſteins Leitung wurde im Auswärtigen Amte das
Programm in vorſichtiger Weiſe ausgearbeitet, bezüglich der Ge-
ſamtſtellung der Beſucher ſowohl, wie bezüglich der einzunehmenden
Stellung gegenüber den in Marokko anſäſſigen Franzoſen und Eng-
ländern, wie auch bezüglich der ihnen zu haltenden Anſprachen.
Dieſes Programm wurde aber nicht ausgeführt. Aus der beabſichtig-
ten formloſen Kundgebung wurde eine präjudizierende Er-
klärung, aus einer vorſichtigen und unverbindlichen Warnungs-
demonſtration wurde ein Staatsakt von weittragender Bedeu-
tung, der die deutſche Politik in einer Richtung feſtlegte, die nicht
in den Abſichten des Kanjers und ſeines Beraters Holstein lag.
Das war der erſte heftigſte Fehler in der Marokkopolitik. Zu
Holstein für dieſen Fehler verantwortlich zu machen? Ja und nein.
Rein, ſoweit es ſich um die Konzeption des Planes handelte, denn
ſie war in dem von ihm beabſichtigten Sinne richtig; ja, ſoweit es
ſich um die Ausführung handelte. Er kannte die handelnden Per-
ſonen genügend, um das Mißo richtig einzuführen; er mußte vor-
ausſehen, daß der Herrſcher, der einen maßgebenden Einfluß auf
Führung der auswärtigen Politik zu haben gewohnt war, ſich im
Spezialfall nicht auf eine Staatskontrolle beſchränken würde. So
war vom Beginn an die Führung der Angelegenheit den Händen
des Auswärtigen Amtes entglitten. Für die weitere unglückliche
Entwicklung des Marokkohanbels Holstein die Verantwortlichkeit
übernehmen, erſcheint mir ungerath. Er hatte die feſteſte Ueber-
zeugung, daß die feindliche Haltung der gegen Deutſchland zu-
ſammenſtoßenden Mächte nicht nur als ein Mißo; daß es aus dieſem
Anlaß niemals zu einem Kriege kommen würde. Dieſe Ueber-
zeugung gründete ſich auf folgende Erwägung: In Rußland ſah Herr
Lugatti ſeine Finanzreform zum zweiten Mal beſetzt, wenn die
Marokkofrage nicht baldigst aus der Welt geſchafft wurde. In Eng-
land hatte Herr Balfour erklärt, er wolle janzücht ſeine Anleihe
haben, ſie er mit dem „Welt“, der Duma etwas zu tun haben
wolle; dieſe Anleihe wäre aber durch eine weitere Verſtärkung
der Marokko-Angelegenheit zum Scheitern gebracht worden. Nach
Wochen konnte man den Zeitpunkt beſtimmen, bis wann für ihn der
Handel beſchloſſen ſein mußte. Infolgebeſen deutſchen Poſiten und
Rußland auf Deutſchland, weil es ihnen hochſchweiblicher ſahen,
daß Deutſchland nachgeben würde, als die Gegenseite wäre Deutſch-
land ſeit geblieben, ſo hätten ſie auf Frankreich gedrückt, woju ſie
vollkommen bereit waren, der Erfolg wäre nicht ausgeblieben. In
wäſſig Karer Erkenntnis dieſer Lage der Dinge widerſetzte ſich Hol-
stein einer Politik der Schwäche und des Nachgebens. Er wollte
damals diejenige Politik führen, die gelegentlich der jüngſten
Orientkriſe ſich zu glänzend bewährt hat. In ſeinem Kalkül

rechnete er mit einem ſicheren Faktor, der Bündnißtreue Deſter-
reich-Ungarns; und daß er ſich darin nicht verrechnete, das bewies
die Donaumonarchie auf der Konferenz von Algieras. Der Reichs-
kanzler Fürſt Biliow hat in dem ganzen Marokko-Handel nicht
die gleiche energiſche Haltung eingenommen wie in der Orient-
kriſe der letzten Zeit. Er geſtatete damals den Marokkanen Hol-
stein nicht den entſcheidenden Einfluß, ſondern ließ ſich von den-
jenigen beſtimmen, die von einer anderen Seite kamen, deren Ein-
fluß inzwischen weggefallen iſt. Die Entſcheidung im Sinne des
Nachgebens aber ſiel ohne die Mitwirkung des Kan-
jers oder Holſteins, ja ohne die Barwiſſen. Von dieſem
dunkelſten Kapitel der Marokko-Gefchichte heute ſchon den Schiefer
zu ziehen, ſiehe nicht im Geiſte des Entſchlößenen handeln. Er ſiel,
ein Opfer ſeiner Ueberzeugung, verunglückt und beſchämpt, zu
ſtols, ſich zu verteidigen.

Ueber Holſteins Stellung zur jüngſten Orientkriſe
führt vom Rath in der „Neuen Freien Preſſe“ endlich aus:
„Wer von den deutſchen Staatsmännern in der jüngſten
Orientkriſe ſeinen Rat hören wollte, dem wiederholte er immer
wieder: Feſthalten am Bündniß mit Deſter-
reich-Ungarn, und der Ruß der Begner zerſchellt an
dieſem Feſten, wie er im Marokkohanbel zerſplittert wäre,
wenn wir damals den Rat gefunden hätten, durchzuhalten.“

Zur Reichsfinanzreform.

Der Zentralvorſtand der „Demokratiſchen Vereinigung“
hat in ſeiner letzten Sitzung zur Reichsfinanzreform folgende
Reſolution angenommen:

„Wir erblicken in der Behandlung der ſogenannten Reichs-
finanzreform eine das Anſehen und den Kredit Deutſchlands
auß ſchwerſte ſchädigende Komödie wider Willen. Der Hof
und der leitende Staatsmann haben bei der Behandlung dieſer
Frage gleichmäßig ihre Unfähigkeit zur Löſung dieſer großen
Aufgabe erwieſen. Niemand konnte eine ſo große Reform
gelingen, wenn ſie bureaukratiſch vom grünen Tiſch durch
eine parlamentariſche Regierung gemacht werden ſollte. Die
Demokratie hält eine wirkliche Finanzreform für eine Staats-
notwendigkeit. Sie erklart jedoch keine Reform in der bloßen
Bevilligung neuer Steuern, ſondern erachtet es für not-
wendig, daß eine grundſätzliche Regelung des Verhältniſſes
der Finanzen des Reiches zu denen der Einzelſtaaten und
Garantien für eine dauernde Sparſame Wiſchſchaft ſinutreten.
Sie fordert deßhalb Einſtärkung der militäriſchen Ausgaben,
insbeſondere durch Verſtärkung mit den anderen Nationen
über eine Verringerung der Miſtungen. Die Grundlage jeder
zur Geſundung der Finanzen führenden Reform muß eine
bewegliche, progreſſive, direkte Reichssteuer (Einkommensteuer,
Vermögenssteuer) ſein. Neben ſie muß eine progreſſive
Steuer auf die größeren Erbschaften und eine Wertwach-
steuer auf Immobilien treten. Abzulehnen iſt jede Erhöhung
der indirekten Steuerlaſt, ſolange die Lebensnotwendigkeiten
nicht von Steuern und Zöllen frei ſind. Unerläßlich iſt es,
bei der gewaltigen Mehrbelastung des Volkes mit neuen
Steuern ihm Kompensationen durch Erweiterung ſeiner Rechte
(Reichstagswahlrecht für Freuden, Stärkung der Macht des
Reichstages) zu gewähren. Der Zentralvorſtand der Demo-
kratiſchen Vereinigung überwiegt dieſe Entſcheidung ſeinen
Organisatorien mit dem Erſuchen, in dieſem Sinne auf die
öffentliche Meinung einzuwirken.“

Daß die Reichspartei auf ihrer Stellungnahme zu-
gunſten der Erbanfallsteuer auch unter den ab-
wandelnden Umſtänden, d. h. bei der ablehnenden Haltung der
Konſervativen, beharrt, bezeichnet die freikonſervativen „Poſt“
als durchaus richtig.

Das Wort meint, für die poſitive Erledigung des Problems der
Reichsfinanzreform gebe es augenblicklich wohl nur zwei Möglich-
keiten, entweder man einige ſich auf eine andere Form der Beſteu-
bersteuerung, oder man begnüge ſich mit einem Proſtorium, indem
man niſt, was an Nebenwirkungen augenblicklich zu haben ſit
und ſo gegenwärtige Bedürfnis gut und ſchlecht, wie es eben geht,
betrieibt. „Das wäre natürlich ein äußerſt unbefriedigender Aus-
gang, aber der einzig mögliche Nothbehelf, wenn jezt der große Wurf
der Reichsfinanzreform nicht gelingt. Doch auch, wenn man ſich auf
den Boden dieſer Kataſtrophe ſtellt, der Umſtand nicht beſchränkt wird,
daß die Erbanfallsteuer unter allen möglichen Formen der Beſteu-
bersteuerung das kleinſte Uebel iſt und daß demzufolge bis zu einem
abſchließenden Votum des Reichstages ſchon der Zukunft wegen ſeit
an dieſer Steuer geſchloſſen werden muß, ſit eine Sache für ſich. Es
iſt daher auch durchaus richtig, wenn die Reichspartei auch unter den
abwandelnden Umſtänden auf ihrer Stellungnahme zugunſten der
Erbanfallsteuer beharrt.“

Deutſches Reich.

— Die Vorunterſuchung gegen den Oberpoſtaſſiſtanten Jolligſch,
die von dem Oberpoſtinspektor Schmidt geführt wird, iſt ab-
geſchloſſen worden. Als Vertreter der Anklage iſt Poſt-

Schoda beſtimmt worden. Die Anklage ſtützt ſich auf den
Paragr. 10 des Reichsbeamtengeſetzes vom Jahre 1871, der
von „unwürdigen Verhalten der Reichsbeamten außer dem
Dienſte“ ſpricht. Dem Abſchluſſe der Vorunterſuchung gingen
umfangreiche Beweiſerhebungen voraus. Sämtliche Ange-
ſtellte des „Verbandes mittlerer Poſt- u. Telegraphenbeamten“,
unter anderem auch das Druckereipersonal, wurden von dem
die Unterſuchung führenden Oberpoſtinspektor vernommen.
Das Material geht jezt zur Einleitung des mündlichen Ver-
fahrens an die Diſziplinarſammer in Potsdam. Das Reichs-
poſtamt hat Jolligſch auf Fürſprache der Oberpoſtdirektion
während der Dauer des Diſziplinarverfahrens drei Viertel
ſeines Gehaltes bewilligt.

Kadiſche Politik.

Das Kaiſerpaar in Karlsruhe.

\* Karlsruhe, 12. Mai. Das Kaiſerpaar iſt Sonntag,
den 16. Mai, direkt von Wien kommend, ein und wird bis Montag
vormittag hier verweilen. Von hier reißt es zunächſt nach Wiesbaden
und begibt ſich von da am Mittwoch, den 19. Mai, nach Frankfurt, um
den bis Samstag abend dauernden Kaiſerweilungen anzunehmen.
Von da reißt das Kaiſerpaar nach Berlin. Noch am Tage der Abreiſe
des Kaiſerpaars von Karlsruhe, Montag, den 17. Mai, iſt ſt als
Vertreter des Prinzregenten Eitelold, Prinz Ludwig von
Bayer n, nachmittags 2 Uhr 40 Min. hier ein und wird zwei Tage
hier bleiben.

Politische Literatur.

Das Staats- und Verwaltungsrecht des Großherzogtums
Baden. Von Profeſſor Dr. Konrad Hornhaſ. (Bibliothek
des öffentlichen Rechts, herausgegeben von Landrichter Dr. F.
Scholz und Oberregierungsrat Storf, I. Band.) Preis broſchirt
M. 2.60, in Ganzleinen gebunden M. 3. (Hannover 1908, Dr.
Rag Jä n e d e, Verlagsbuchhandlung.) — Während ſeit Schaf-
fung des neuen bürgerlichen Rechts in Deutſchland ſchlich das
Beſtreben hervortrat, die Kenntnis des neuen Privatrechts wei-
terem Kreiſen des Volkes zu übermitteln, fehlte es bisher an
leichterſtändlichen Darſtellungen: des Staats- und Verwaltungs-
rechts, trotdem das öffentliche Recht in weit einſprechender
Weiſe den einzelnen berührt (Steuer, Zollgeſetzgebung, Ver-
kehrsregeln, Wahlrecht, Polizei) als das bürgerliche Recht, deſſen
Ephäre ihm in der Regel erſt im abnormen Zuſtande des
Rechtsunfriedens bewußt wird. Die im Erſcheinen begriffene
Bibliothek des öffentlichen Rechts“ will nun dieſem
Mangel abhelfen, indem ſie nicht nur dem Juristen und Be-
amten eine überſichtliche Darſtellung des geltenden Staats- und
Verwaltungsrechts geben, ſondern jedem Staatsbürger die zum
Verſtändnis des öffentlichen Rechts und zur Teilnahme am
öffentlichen Leben notwendigen Kenntnisse vermittelt und
ihm ſeine Rechte und Pflichten kennen und verſtehen lehren will.
Der ſieben erſchienenen I. Band, der das Staats- und Verwal-
tungsrecht des Großherzogtums Baden behandelt, wird beſon-
ders für unſere Leſer von beſonderem Intereſſe ſein. Wir können
ſeine Anſchaffung nur empfehlen, möge er das Verſtändnis und
das Intereſſe für unſere öffentlichen Zuſtände wecken und
ſchärfen. Mit einem kurzen Hinweis auf den reichen Inhalt
glauben wir die Wichtigkeit des Buches für jedermann am beſten
hervorzuheben. Nachdem in einer Einleitung die geſchichtlichen
Grundlagen, Quellen und Literatur des öffentlichen Rechts be-
handelt ſind, folgt im erſten Teil das Verfaſſungsrecht. Das erſte
Kapitel handelt über die Monarchie (Großherzog, Thronfolge,
Regentſchaft und Regierungsbefugnung, Miniſterverantwortlich-
keit). Das zweite Kapitel trägt die Ueberschrift „Land und Leute“
und zerfällt in die Unterabteilungen Staatsgebiet, Staats-An-
gehörigkeit, beſondere Klaſſen. Das dritte Kapitel iſt der
Volksovertretung, das vierte Kapitel den ſtaatlichen Funktionen
(Regierung, Geſetzgebung, Richterliche Gewalt) gewidmet. Dann
folgt im zweiten Teil das Verwaltungsrecht mit ſeinen Unter-
abteilungen, Beamtenrecht, Verwaltungsorganization, Reichs-
ſchul, Polizei und Wohlfahrtsweſen, Finanzweſen (Steuern, Ge-
bühren, Rechnungskontrolle, Schulweſen) und das Gebiet des
geiſtlichen Lebens (Kirche und Schule). Ein alphabetiſches Sach-
regiſter macht das Buch auch zu einem wertvollen Nachſchlage-
werk.

Landtagskandidaturen.

\* Karlsruhe, 12. Mai. In dieſer Woche treten die Vertriebenen-
männer der nationalliberalen Partei zur Kandidatur
auf ſtellung für Karlsruhe Mitte und Oſt hier zuſammen.

Mordprozeß Burkhard.

Wiesbaden, 11. Mai.

(Schlu.)
Frau Dommersheim, die nun vernommen wird, er-
klärt, wie Frau Thamer acht Tage vor ihrem Tode geſagt habe:
„Heute morgen 6 Uhr war Burkhard vor meinem Bett und

älteren Parteimitgliedern geleitet werden, oder für die beſtehen-
den Wohlfahrtsvereine, die doch ihren Hauptwert auf die praktiſche poli-
tiſche Arbeit und die Beſchäftigung mit den Tagesfragen legen
müſſen. Allerdings werden in ſolchen ſelbſtändigen Jugendver-
einen wie es auch die Erfahrung in den nationalliberalen Jugend-
vereinen gelehrt hat — ſelbſtändige politiſche Anſichten entſtehen,
die von der augenblicklich von den Parteirepresentern eingeſchlo-
senen Politik abweichen und dieſen daher gewiſſe Unbequemlich-
keiten bieten können. Dieſe oppoſitionellen Regungen in der
eigenen Partei werden ſich wohl kaum vermeiden laſſen, wenn
man durch friſche Jugendbewegung das Intereſſe an der Politik
gegenüber der Gleichgültigkeit und dem Materialismus erwecken
will. Die Teilnahme der Jugend an der Politik verlangt einen
gewiſſen Idealismus. Dieſer wird naturgemäß ſich auch in der
entſprechenden Forderung des Idealismus für die praktiſche Poli-
tik gegenüber den Realitäten der Parteipolitik äußern. Ins-
beſondere kann meines Erachtens die größere Teilnahme der
Gebildeten an der Politik nur auf dem Wege der Gewinnung
der Jugend durch eine ſelbſtändige politiſche Bildung und Betä-
tigung im Sinne einer über kleinliche Intereſſen hinausgehenden
allgemeineren ſtaatsmännlichen Auffaſſung geſchehen.

Dieſe Betrachtungen beſchränken ſich nicht auf eine einzelne
Partei; je mehr in den verſchiedenen Parteien durch eine ſorg-
fältige politiſche Durchbildung jüngerer Kräfte zur Betonung der
Parteien zugrunde liegenden großen Ideengänge auch im
praktiſchen politiſchen Handeln herangezogen werden, deſto mehr
wird in der deutſchen Politik der Staatsgedanke
gegenüber egoiſtiſch-materialiſtiſchen Intereſſen zu dem Durch-
bruch kommen, und umgekehrt wird deſto mehr der einzelne
als Menſch durch die auf das allgemeine Wohl
gerichtete politiſche Betätigung an ſittlicher
Kraft gewinnen.

Alle dieſe Erwägungen gelten bis zu einem gewiſſen Grade

auch für die weibliche Jugend. Sowohl für die in alter
Weiſe in der Familie, inſonderbare als Mutter, ſich betätigende
Frau wie auch für die immer wachſende Zahl der ſelbſtändig er-
werbſtätigen Frauen iſt heute die Bekanntheit mit ſtaatlichen
und politiſchen Dingen und ein über die private Betätigung-
ſphäre hinausgehendes öffentliches Intereſſe vom ſtaatlichen wie
vom völklichen Standpunkte aus erforderlich.

Buntes Feuilleton.

— Smetanos Leiden. An dieſem Mittwoch, dem 12. Mai,
waren fünfundszwanzig Jahre verſtrichen, ſeitdem der Tod ein
längſt verkündetes Kleinſterleben gnädig erludte. Friedrich Sme-
tanos, deſſen melodienreiche Oper „Die verkaufte Braut“ (1866
entſtanden) heute als eine der ſchönſten Perlen des modernen
Opernrepertoires geſchätzt wird, hatte als fünfzigjähriger im
Oktober 1874 das ſchwere Unglück, ganz plötzlich ſein Gehör zu
verlieren. Noch am Abend hatte er nach der Heimkehr aus dem
Theater — er war ſeit 1866 erſter Kapellmeiſter am böhmischen
Nationaltheater in Prag — bis tief in die Nacht hinein am Klav-
ier geſpielt; als er am nächſten Morgen erwachte, war er ſtod-
taub. Alle ärztliche Hilfe, die er ſforrt ſuete in Prag, dann bei
den erſten Autoritäten in Würzburg, Frankfurt, Stuttgart, Mün-
chen, Wien in Anſpruch nahm, erwies ſich als wirkungslos, alle
Kuren verſchlugen nichts; das Unglück blieb unumkehrbar und
brachte den verzweifeltſten Meiſter ſamt den Seinen in große
Sorge und Bedrängnis. Er war fortan allein auf ſeine Kompo-
ſitionsfähigkeit angewieſen, und obwohl ihn Ohrgeräuſche und
Tonhalluzinationen die Arbeit zeitweife unmöglich machten, ſchuf
er auch noch in der Taubheit eine Anzahl ſeiner reißenden Werke,
ſo die mit Unrecht zu wenig bekannte Volkoper „Der Kuh“, das
ergreifende Streichquartett „Aus meinem Leben“, den großen

Julus ſinfoniſcher Dichtungen „Mein Vaterland“, woli das
großartigſte, was die national-böhmische Inſtrumentalmuſik her-
vorgebracht hat u. a. m. Das Gehörloſen, das ſeinen Sitz
wahrscheinlich im Gehirn hatte, führte nach einigen Jahren zu
völliger Geſichtsunmacht, aus der dann am 12. Mai 1884 der
Tod den Sechzigjährigen erlöſte.

— Ein Unterſeeentel zwifchen Dänemark und Schweden.
Aus Stockholm ſchreibt man uns: Ein Verlehrsprojekt, an
dem es entſchieden noch gefehlt hat, wird von dem dänischen In-
genieur U. Quifgaard in der jüngſten Nummer des ſchwediſchen
Poſtblattes „Terubanebladet“ zur Erörterung geſtellt. Der Ent-
wurf beſtünde nichts geringeres als die Unterfähring des ſieben
englische Meilen breiten Öresundes, die die beiden Grenzſta-
tionen Amager auf dänischer und Saltholm auf ſchwediſcher Seite
miteinander verbinden ſoll. Die verhältnismäßig geringe Tiefe
der Waſſerſtraße an dieſer Stelle würde die Anlage 27 Meter
unter dem Meeresspiegel ermöglichen, wobei auf die eigentliche
Unterſehre eine Geſamtlänge von 104 Km. entfallen müßte.
Quifgaard hat aber noch ein anderes Projekt in Bereiſchaft,
wonach der Tunnelbau auf etwa 8 Kilometer reduziert werden
könnte, falls man nämlich der ſüdlichen Strecke zwifchen Deſingöde
und Helsingborg den Vorzug geben ſollte. Doch müßte man in
dieſem Falle bis zu einer Tiefe von 60 Metern hinabſteigen. Ueber
die auf alle Fälle ſehr erheblichen Koſten ſchweigt ſich der In-
genieur vorläufig aus, ſeine ſicherſte Unterſtützung erhofft er,
wenn die Regierungen verſehen, jedenfalls von dem interſtänd-
lichen Reiſeverkehr, der ſchon lange auf eine mögliche He-
fürung des beſchwerlichen Ueberſeeewegs drängt. Die Projekt-
förderer, die ganze Ebenbahnfrage von der einen Seite zur an-
deren befördern, tragen dieſem berechtigten Verlangen der Reiſe-
welt nur in ungenügendem Maße Rechnung.

— Das Automobil des Papſtes. Aus Mailand wird berichtet:
Aus Turin iſt ſeben ein prachtvolles Automobil nach Rom abge-

fragte: „Koso, verzeihe mir!“ Frau Thamer habe damals Angst gehabt, ihre letzte Stunde sei gekommen, so geisterlich habe Burkhard vor ihrem Bette gesessen, als sie plötzlich erwachte. — Burkhard senior leugnet, an diesem Tage überhaupt aus dem Bett gewesen zu sein. — Vors.: Sie waren aber doch auch am 7. Januar in Frankfurt? — Burkhard sen.: Ja, aber ich konnte kaum gehen, so krank war ich. — Die Zeugin Sommerheim erzählt dann weiter, Frau Thamer habe gesagt, Burkhard habe und sperre sie immer ein. Sie habe stets Angst vor ihm gehabt und gesagt: „Wenn mir einmal etwas passiert, können Sie ruhig annehmen, daß es der Burkhard war.“ — Der folgende Zeuge ist der Nachbar der Frau Thamer, der Schneider Heinrich Niederhöchstadt. Er hat dem Burkhard senior vor Weihnachten den Dienstmantel umgeändert, den ihm Burkhard mit den Worten gebracht hatte: „Man braucht den Mantel auch einmal, wenn man nicht gleich so als Eisenbahnner aufpassen und gesehen sein will.“ — Der Zeuge Gärtner Wendel hat bei Frau Thamer gewohnt und gesehen, daß Burkhard oft bei ihr ein- und ausging. Einen Zwisch im Hause Thamer habe sein Gärtnergehilfe Löw einmal zufällig belauscht. Bei dieser Gelegenheit hörte der Gärtnergehilfe, wie Burkhard zu Frau Thamer sagte: „Wenn Du mich um Brot bringst, dann mache ich Dich kalt.“ — Frau Kuppel-Klein-Schwalbach hat die Frau Thamer zum ersten Termin im Sommer 1908 nach Königstein begleitet. Untenwegs sei Burkhard von hinten gekommen und habe die Thamer so geschlagen, daß sie dort liegen geblieben sei. Auch habe sie deswegen mehrere Tage zu Bette gelegen. Bei dieser Gelegenheit soll Burkhard auch den Schirm auf der Thamer geschlagen haben. — Vors. zu Burkhard senior: Was sagen Sie dazu? — Angekl.: Das ist alles erfunden!

Zeuge Wilhelm Thamer, der Mann der Ermordeten, ein kleines, züftiges Männchen, 66 Jahre alt, sagt aus: Ich habe oft gehört, daß meine Frau Verleumdungen mit Burkhard hatte. Ich habe es verboten und habe mich beim Bürgermeister beschwert und einmal auch bei der Eisenbahndirektion. Es hat aber alles nichts geholfen. Vors.: Es sind Schuldscheine bei den Akten. Hat Ihnen denn Burkhard Geld geliehen? Zeuge: Nein, das haben die alles untereinander gemacht. Ich habe unter geschrieben aus Angst. Sonst hätten sie mich auch um die Geld gebracht. Vors.: Der erste Schuldschein ist vom 1. Oktober 1906. Burkhard, haben Sie das Geld gegeben? Angekl.: Ich habe in Thomers Garten 115 Stunden gearbeitet und dafür mit einem Schuldschein gehen lassen. Vors.: Ein weiterer Schuldschein ist vom 1. März 1908, dann vom 15. März 1908 von 50 Mark und 30 Mark. Burkhard: Ich habe in der Projektsache Donner 50 M. für Thomers bezahlt und mir die Schuldscheine ausstellen lassen, die 30 Mark sind für eine Uhr. Zeuge Thamer: Ich weiß nichts davon. Vors.: Haben Sie an Burkhard für Mobilien verkauft? Zeuge: Nur verpackt. Der Vorstehende zeigt ihm den Vertrag, der vom 31. Jan. 1908 datiert ist. Der Zeuge erklärt schließlich: Es war ein dummer Kauf! Ich hab's aus Angst getan, daß es nicht gepfaßt wird. Vors.: Wann sind Sie zur Leiche gekommen? Zeuge: Herr Vorsitzender, ich bin ein alter Mann. Ich weiß es nicht mehr. Angekl.: Herr Thamer hat mich selbst veranlaßt, ins Haus zu kommen. Zeuge (mit erhobener Stimme zweimal): Das ist die Unmohrheit.

Es wird dann ein Schreiben der Frau Burkhardt an die Direktion vom 10. August 1908 vorgelesen. Darin wird „um Verschwiegenheit“ gebeten, dem Burkhardt den Verkehr mit der Thamer zu unterlagen, „andernfalls geht die Familie zu Grunde und ich habe nicht die Natur, solches zu dulden“. Am 1. April 1907 hat das Landratsamt einen Brief, unterzeichnet: Ein Bürger der Gemeinde Niederhöchstadt erhalten, darin wird mitgeteilt, daß Burkhardt Frau und Kinder vernachlässigt, die Frau gezwungen habe, die Thamer, als sie krank war, zu pflegen und zwingt, mit der Thamer spazieren zu gehen. Burkhardt erklärt, er habe mit der Thamer „Schluß machen“ wollen, seine Frau habe ihn aber selbst veranlaßt, wieder zur Thamer zu gehen, weil die Thamer den ganzen Tag weine. Im weiteren Verlauf der Verhandlung stellt sich mit ziemlicher Bestimmtheit heraus, daß die Denunziationen gegen Burkhard von Frau Thamer geschrieben waren. Die Frau unterzeichnete mit dem Namen ihres Mannes, der nicht schreiben kann. Auf die Denunziationen hin wurde Burkhardt wiederholt von seiner vorgesetzten Behörde verwahrt und mit Dienstentlassung bedroht. Am 31. August 1908 erklärte Burkhardt bei der Direktion zu Protokoll, daß er vom 10. Juli 1907 ab mit der Thamer nicht mehr intim verkehrt habe. Vors.: Sie haben damals die Unwahrheit gesagt. Burkhard: Ja. Der siebenjährige Wilhelm Thamer, der Sohn der Frau Thamer, sagt auf Befragen, Burkhardt habe seine Mutter mehrmals geschlagen. Die Mutter habe geweint. Weiter ergibt sich, daß die Thamer von dem Kinde am Schalter im Bahnhof Niederhöchstadt Bettel mit gemeinen Beschimpfungen gegen Burkhardt niedergelegt ließ. Bürgermeister Burkhard-Niederhöchstadt teilt mit, daß sich Wilhelm Thamer öfters über die schlechte Behandlung seitens seiner Frau beklagt habe. Dem Sohn des Burkhardt

handt worden, das dem Pappe als das Weichen eines amerikanischen Schmiedes — man vermutet Vermont Morgan — übergeben werden soll. Der Wagen ist in Lurici gebaut und soll dem Pappe zur Spazierfahrt in den Gärten des Parklans dienen. Es ist ein 30 HP-Wagen von luxuriöser Ausstattung, der rund 30 000 M. gekostet hat. Der amerikanische Spender dieser kleinen Aufmerksamkeit hat auch einen der bekanntesten italienischen Rennfahrer, Signor Cagno, engagiert; Cagno, der früher Chauffeur der Königin-Mutter Margherita war, wird dem Pappe das Automobil vorführen, die ersten Fahrten persönlich leiten und solange im Parklan bleiben, bis der Pappe eigener Chauffeur in das bisher im Parklan ungenutzte Dondroest eingeweiht ist. Bereits in den nächsten Tagen wird Prinz X. das Geschenk des Amerikaners übergeben werden.

— Massenets Fest. Zu dem unerhöflichen Thema des Überlaufs großer Künstler liefert Van Uder im Celate einen neuen Vortrag. Er erzählt von einem Besuche bei Massenet in dessen Wohnung in der Rue de Valenciennes. Während des Gesprächs öffnete Massenet den Schrank, in dem er seine Manuskripte verwahrt. Vor den Partituren von „Manon“ und „Werther“ lag eine kleine ägyptische Statuette, die Nachahmung einer Familie. Der Blick des Besuchers blieb fragend auf der Figur haften. „Ach“, sagte Massenet lächelnd, „dies ist mein Festlich. Ich lege die Maniküre vor das Manuskript der Werthe, die nicht mehr gespielt werden. Wenn die Opern gespielt werden, nehme ich sie wieder weg. Jetzt wird Werther und Manon nicht gespielt; Sie sehen, die Maniküre ist an ihrem Platze.“

und dessen Frau stellt der Bürgermeister ein gutes Zeugnis aus. Die Thamer sei ein leichtlebiger Frauenzimmer gewesen. Hierauf wird die weitere Verhandlung auf morgen vertagt.

## Aus Stadt und Land.

Mannheim, 12. Mai 1909.

\* Personalnachrichten aus dem Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe. Erstmals angestellt: die Telegraphengehilfin Pauline Ohwald in Pforzheim. Versetzt: die Posthilfsleiterin Max Greiner von Mannheim nach Heidelberg. Wilhelm Deimann von Walldorf nach Leimen, Adalber: Gillenbrand von Heidenheim nach Mammels, Egon Schmittler von Karlsruhe nach Baden-Baden. Freiwillig ausgeschieden: der Postgehilfe Karl Depuhl in Sodenheim. Gestorben: der Postassistent Friedrich Theilmann in Karlsruhe.

\* Das Fest der silbernen Hochzeit feiert morgen der Steuerbote Emil Guillaume mit seiner Ehefrau Emilie geb. Reichow, 84. Ia.

\* Auf seiner ersten Verfahr befindet sich im Anhang des Schlepplampfers „Gute Nacht“ gegenwärtig der neue eiserne Schlepplampfer „H. Schürmann“ und „Söhne Nr. 26“. Dieser Kahn ist auf der Werft von Gebr. Post in Volkes erbaut, 63 Meter lang, 11,50 Meter breit, hat einen Tiefgang von 2,01 M. und kann 238 Tonnen laden. Der Kahn soll auf der Strecke Ruhrort-Oberrhein verkehren und Kohlenabgaben fördern.

\* Frankfurter Gesangsvereine. In wenigen Tagen wird das Programm für die Vorseier veröffentlicht. Es ist zu erwarten, daß die Fülle des Gebotenen auf alle Besucher eine starke Anziehungskraft ausüben wird. Nach den riefenhaften Dimensionen des Turnfeldes wird das Sängertum mehr einen intimen Charakter tragen, der auch schon in der ganzen Anlage des Festplatzes zum Ausdruck kommt. Von dem Weinrestaurant mit seiner Terrasse genießt man einen herrlichen Blick über den ganzen Platz und darüber hinaus nach der Stadt und den Taunusbergen. An das Weinrestaurant schließt sich die Bierhalle, welche mit den Biergärten Platz für mehrere tausend Gäste bietet. Ausgestattet mit allem Komfort, verspricht diese Halle ein sehr beliebter Aufenthaltsort zu werden. Die dem Eingang gegenüberliegende Wand wird von einem vom Kaiser Hofmann entworfenen Wandgemälde abgeschlossen, das einen weiten Fernblick bietet und die Dimensionen der Halle noch größer erscheinen läßt. Die dem Rahmen angepaßt wird die Frotzler Kapellkapelle Chörenglieder dort täglich konzertieren. Hier wird bei Anlässen und sonstigen festlichen Gelegenheiten eine Stelle erster Priorität sein. Ein weiteres Schmuckstück wird das sich weiter anschließende Café werden, dessen Inneres ganz im Wiederkehrstil gehalten sein wird. Auf dem Namen „Gasthaus“ Weinrestaurant, Bierhalle und Café haben sich die G. o. h. c. Musikparillans Platz gehalten. Mit einer Reihe hervorragender Militärkapellen sind Verträge abgeschlossen. Da sich bei dem Turnfest der Tanzplatz eines großen Aufwands erfreuen sollte, so wird dieses Vergnügen auch diesmal nicht fehlen. Das Hofball wird in der Nähe des Cafés seine Aufführung finden. Das Fest wird aus einer Vorwoche und einer Hauptwoche mit Begleitungsconcerten, den fünf Wettbewerben und dem Waidwettbewerb mit Preisverteilung bestehen. In der Vorwoche, die am Sonntag, den 15. Mai, nachmittags beginnt, findet am 17. Mai abends die Hauptprobe zum Begleitungsconcert statt. Die Hauptfeier wird am Sonntag, den 22. Mai abends nach Beendigung der Preisverteilung durch ein von sechs Militärkapellen ausgeführtes Konzert mit Schachmusik, Symphonie von dem Kap. Musikdirektor Claus Wiesbaden, und italienische Nacht, arrangiert von Josef Sennelahn, ihr Ende finden. Die zu den Konzerten vom 19. bis 22. Mai, gesungenen Douerferten werden zum freien Eintritt auf den Festplatz bis nach Schluß der Preisverteilung. Die für die Konzerte gelösten Karten berechtigen nur bis zum Schluß des betreffenden Konzerts zum freien Eintritt auf den Festplatz.

\* Nach dem Bericht über die Tätigkeit des Gewerbegerichts Mannheim im Jahre 1908 wurden Rechtsstreitigkeiten a) aus dem vorigen Jahre übernommen 30, b) neu anhängig 1908, c) auf das nächste Jahr übertragen 12. Unter den neu anhängigen Klagen wurden erhoben: a) von Arbeitgebern gegen Arbeiter 22, b) von Arbeitern gegen Arbeitgeber 1046. Der Streitwert der im Berichtsjahr anhängig gewordenen Klagen betrug: a) bis zu 20 M. einschließlich in 406, b) über 20—50 M. in 293, c) über 50—100 M. in 176, d) über 100—300 M. in 66, e) über 300 M. in 21 und f) nicht festgestellt in 47 Fällen. Die im Berichtsjahre erhabenen Klagen betrafen: a) Lohnansprüche in 507, b) Entschädigungsfordernissen wegen Verstoßes in 492, c) sonstige Streitpunkte in 69 Fällen. Nach den Berufsgruppen und der Art der Vertriebe verteilten sich die Klagen wie folgt: Auf Holz- und Lederindustrie 57, auf Metallindustrie 114, auf Bauindustrie und Verfertigungsgewerbe 116, auf polygraphisches Gewerbe, Papierindustrie 19, auf Nahrungs- und Genussmittelindustrie 85, auf Bekleidungs-, Textil- und Reinigungsindustrie 62, auf Bau-, Tisch- und Metallgewerbe 251, auf Handels- und Verkehrsgewerbe 126, auf sonstige Gewerbe 238, zusammen 1048. Die Rechtsstreite wurden, einschließlich der aus dem Vorjahr übernommenen 30, erledigt durch: a) Vergleich in 378 Fällen, b) sonstige gütliche Einigung auf Grund mündlicher Verhandlung (Klageschlichtung, Anerkennung des Anspruches etc.) in 144 Fällen, c) Bescheidurteil in 114 Fällen, d) andere (kontradiktorische) Endurteile in 243 Fällen, e) sonstige Art (Klageschlichtung vor mündlicher Verhandlung, außergerichtliche Einigung, Verzicht) in 207 Fällen. Unerledigt und in das Jahr 1909 übernommen sind 107 Fälle. Die kontradiktorischen Endurteile lauteten: a) ganz zugunsten des Arbeitgebers in 168 Fällen (rund 67 Prozent), b) ganz zugunsten des Arbeiters in 44 Fällen (rund 18 Prozent), c) gemischt in 36 Fällen (rund 15 Prozent). Ueber die Einigung 6 a m l l i g e Tätigkeit ist folgendes zu berichten: Es erging 10 Urteile: 3 von Arbeitersseite, 2 von beiden Seiten zugleich. In zwei weiteren Fällen bot der Vorsitzende von Amtswegen seine Vermittlung an. Erfolgreich war die Vermittlung in folgenden Fällen: a) Differenzen im Betrieb der Firma Heinrich und Adolf Mayer, Holzhandlung und Hobelwerk, betr. die Auslegung einer Tarifvertragsbestimmung (Schiedsgericht). b) Lohnbewegung der Holz- und Sägenarbeiter in der Holzindustrie und den Holzhandel von Mannheim-Ludwigshafen (Abschluß eines neuen Tarifvertrags). c) Lohnbewegung im Bädengewerbe (Abschluß eines neuen Tarifvertrags). d) Differenzen in der Ersten Mannheimer Werksfabrik Leffler u. Co. wegen Entlassung eines Arbeiters (Schiedsgericht). In den übrigen Fällen (Differenzen im Betrieb der Rhein- und Seepeditions-Gesellschaft vorm. G. O. Rater wegen Entlassung sämtlicher Arbeiter, Abschluß neuer Tarifverträge zwischen dem Hosenarbeiterverband und den Firmen Theodor Hügel etc., Streit bei der Schuhfabrikieren Rosenvereinsung, Seilerstreit, Steinbruchstreit, Schmiedestreit, Gaserstreit, Streit im Strochwerk) blieben die Bemühungen des Einigungsamts infolge des ablehnenden Verhaltens der Arbeitsgeber erfolglos; in zweien dieser Fälle (dem zweiten und fünften) kam es infolgedessen nachträglich doch noch (ohne weitere Mitwirkung des Einigungsamts) zu einer Verlesung der Parteien. Anträge stellte das Gewerbegericht zwei: einen an Bundesrat und Reichstag betr. die Erweiterung der gewerbegerichtlichen Zuständigkeit (Ausdehnung auf Leibesgenossin, Werkmeister, Techniker etc. mit 2000 bis 5000 M. Jahreseinkommen und Ausdehnung auf Konkurrenzklagen), sowie einen an das Großh. Ministerium des Innern betr. den Arbeitskammergesetzentwurf.

\* Die Restzeit der grabmaligen Straße. In einer Zeitschrift finden wir folgenden, besonders für Mannheim interessanten Artikel: Der früher mit besonderer Vorliebe betriebene Bau grabmaliger Straßen (Zellen) hatte ungewissheit den Vorteil, dem Stadtbau reichlich Luft und Licht zuzuführen. Aber er brachte auch böse Dinge, vor allen Dingen, Staub und eilige Kälte. In diesen praktisch nicht greifbaren Nachteilen gefassten sich, in den letzten Jahrzehnten immer mehr erkannt, auch künstlerische. Die modernen Stadtbaukünstler nannten grabmalige Straßen unheimlich langweilig und einseitig. Und sie konnten diese Behauptung beweisen. So ermunert Professor Dr. Henkel daran, daß sich in einer streng durchgeführten, langen geraden Straße mit parallelen Häuserfassaden keine einzige Hausfronte ihrer Lage nach vor einer anderen auszeichnet, selbst die Häuserfronten. Immer wiederholt sich für den Anblick dieselbe Aufgabe, und die Architektur wird lediglich „Kassadenbühnen“; sie gerät in die Schablonenmode. Gibt es wirklich dann einmal eine größere, auch mit reicheren Geldmitteln unterstützte Aufgabe, so schlägt die Schaffung des Grabmalers in das Extrem um, und es kommt jener unglückliche Zielstreben zusammen, wo Türme und Türme, Erker und Erker, Giebel und Giebelchen ein unheimliches Monoton bilden, das dem Zuschauer dauernde Augenweiden verursacht. Das Straßenschild mag dünn werden; aber es hat seinen Reiz, seinen Wechsel in den Wirkungen der Höhe. Darum trete mit der Schen vor krummen Straßen! Wo die Bodenoberfläche sie verlangt, sollte sie ohnehin selbstverständlich sein. Aber auch sonst kann man vielfach zur krummen Linie greifen, und man wird den schönsten Erfolg damit erzielen. Das Straßenschild wird malerischer, die Windgewalt wird gebrochen, die Lichtwirkungen werden angenehmer, der einzelne Käufer und Architekt kann mit einfacheren Mitteln individuell arbeiten.

\* Rübische Rote Kreuz-Lotterie. Ziehung vom 12. Mai. Mark 15 000 auf Nr. 2577, M. 5000 auf Nr. 289, M. 1000 auf Nr. 2188, M. 1000 auf Nr. 103236. (Ohne Gewähr.) Mitgeteilt durch das Lotteriegesellschaft Vorh. Herzberger, E. 3, 17.

\* Der Verein der Mannheimer Wirte beging gestern abend im festlich dekorierten Friedrichsparkal sein 25jähriges Bestehen unter zahlreicher Beteiligung seiner Mitglieder und befreundeten Vereine. Die Festansprache hielt der 2. Vorsitzende des Vereins, Herr Fritz Karl. Er begrüßte alle Anwesenden, namentlich die Vertreter der Mannheimer Regier- und Bäder-Junung, der Wirt-Junung und der auswärtigen Brudervereine und warf einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Vereins, dabei derjenigen gedenkend, welche für die Interessen des Vereins in den verflochtenen 25 Jahren besonders eingetreten sind. Mit Stolz könne der Verein noch sechs Gründungsmitglieder nennen: die Herren Julius Schrauth, Hermann Busch, Albert Müller, August Knierem, Aug. Vogt und Franz Sohr. Besondere Verdienste habe sich Herr Franz Sohr, der seit 7 Jahren an der Spitze steht, um den Verein erworben. Redner gedachte weiter der regenreichen Wirkungen der Vereinsarbeiten und verbreitete sich über die berufliche Tätigkeit des Vereins. Wenn auch nicht immer alle Wünsche erfüllt werden konnten, so sei doch stets der rechtliche Wille dazu vorhanden gewesen. Das mangelnde Solidaritätsgefühl habe nicht zum geringen Teil zu manchem Mißerfolg beigetragen. Das Hoch des Nebens galt dem Jubelverein, dem er weiterer Wachsen, Blühen und Gedeihen wünsche. Hierauf überreichte Herr Karl den erwähnten Gründungsmitgliedern künstlerisch ausgeführte Ehren diplome. Dasjenige des Herrn Sohr, der namens der Ausgewählten für die Ehrung dankte, weist außer den Portraits des Jubilars und der Vorstandsmitglieder sämtliche Namen der jetzigen Mitglieder des Vereins auf. Herr F. H. er, Vorsitzender des Karlsruher Wirtvereins und Vorstandsmitglied des Verbandes Badischer Wirte, überbrachte namens dieser beiden Korporationen die herzlichsten Glückwünsche. Gleichzeitig machte er die Mitteilung, daß Herr Sohr dankenswerth des Badischen Wirtverbandes auf dem beabsichtigt in Durlach stattfindenden Verbandstage eine besondere Ehrung zugebracht sei. Ein Vertreter der Mannheimer Regier-Junung überreichte als Jubiläumsgabe einen silbernen Humpen, Herr G. von im Auftrag der Wirt-Junung einen Opulenten-Brief, während der Pforzheimer Wirtverein einen silbernen Pokal stiftete. Herr Bädermeister Gehrig gratulierte namens der Mannheimer Bäder-Junung. Von den zahlreichen eingelassenen Glückwunschschriften und Telegrammen seien erwähnt diejenigen der Herren Geh. Regierungsrat Dr. Clemm, Polizeidirektor Dr. Korn, Oberbürgermeister Martin und der Bürgermeister Ritter und Dr. Hinter. Der Bund Deutsche Gastwirte (Sitz Leipzig) überreichte dem Jubelverein ein Ehren diplom, künstlerische Darbietungen brachten Anwehörung in das gehobene Wort. Eine Abteilung der Grenachierkapelle wartete mit vorzüglichen Musikstücken auf, ein aus Vereinsmitgliedern gebildetes Doppelquartett sang unter Herrn Musikdirektor Siebers Leitung erste und heitere Lieder, Herr Jander hatte mit lustigen Complots die Lacher auf seiner Seite, Herr Konzertsänger Fritz Müller sang mit großem Erfolg mehrere Soli und Herr Schlossermeister Wiber entseelte mit einem humoristischen Vortrag Heiterkeitsstürme. Herr Sohr dankte allen Mitwirkenden und dann folgte der von dem Vereinsmitglied Karl Hoffmann geleitete Festball, bei dem jeder Dame als Erinnerungsgabe ein silberner Lorbeerzweig überreicht wurde. Eine heute nachmittags nach Worms unternommene Dampferfahrt beschließt die Jubiläumsgesellschaft.

\* Aus dem Ortlichkirchen-Voranschlag für das Jahr 1909 der katholischen Kirchengemeinde Mannheim ausschließlich der Vororte. Es ist eingeleitet für den Bauaufwand für die Kirchen und Pfarrhäuser, Zinsen für Baupflichten usw. insgesamt 123 441 Mark. Ferner werden angefordert für Verbesserung der niederen kirchlichen Bediensteten 11 495 M., für sonstige örtliche Kirchenbedürfnisse 10 510 M., zusammen 22 006 M. Weiter sind in den Voranschlag eingestellt 19 780 M. zur Bestreitung der Kosten und Verwaltungslosten der Kirchensteuerklasse. Die Summe der Erfordernisse beläuft sich insgesamt auf 165 176 M. Aus Einkünften, Zuschüssen, Nachträgen und Zugängen an Steuern, Mieten usw. gehen voranschlagsgemäß ein 22 666 M., jedoch noch durch die örtliche Kirchensteuer 142 520 M. aufzubringen sind.

## Aus dem Großherzogtum.

\* Schickheim, 11. Mai. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall trat sich Samstag mittag hier zu. Die Eheleute A. Metzler hier waren mit Holzfahren vom Walde beschäftigt. Auf dem Rückhauseweg kam die Frau, die die Bremse des Wagens zu bedienen hatte, zu Fall und geriet mit dem rechten Fuß unter den schwer beladenen Wagen. Sie wurde schwer verletzt in das Krankenhaus nach Heidelberg verbracht.

\* Bielefeld, 11. April. Ein sehr endloser Zeichenzug bewegte sich am Sonntag durch unsern Ort. Es galt die in jugendlichem Alter verstorbenen Tochter des Wilhelms Reichel dahier zur letzten Ruhe zu bestatten. Das Mädchen war erst 5 Jahren mit seiner Tante, Frau Wilsch, nach Nordamerika (Bunte-Welt) ausgewandert, litt aber heftig nach unter dem Heimweh. Als nun vor einiger Zeit die Familie Wilsch den Entschluß faßte, für immer nach Deutschland zurückzukehren, freute sich

das Mädchen so sehr, daß es infolge eines Schlaganfalls starb. Dem Wunsche der schmerzgeprüften Eltern der Verstorbenen kam die Tante Frau Wilsch, in großherziger Weise noch, beforderte unter persönlicher Überwachung, die Leiche hierher und begleitete die Verstorbene zur letzten Ruhestätte.

Von Tag zu Tag.

Schadenfeuer. Sulzbach, 12. Mai. Gestern oben kramten hier 2 Gebäude eines Dampfagewerks nieder. Der Schaden ist bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt.

Durch einen Felsblock getötet. Altenmahl, 12. Mai. Gestern mittag verunglückten durch einen herabstürzenden Felsblock in der hiesigen Grube die Bergleute Joh. Thoma und Ludw. Brenner. Brenner wurde sofort getötet, Thoma ist heute morgen seinen schweren Verletzungen erlegen. Beide Verunglückte hinterlassen Frauen und Kinder.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

London, 12. Mai. Einem Morgenblatte zufolge beabsichtigt die Admiralität, an der Ostküste eine Flottille von hundert Schlepbooten zu bilden zu dem Zweck, in Kriegszeiten treibende unterseeische Minen anzupflücken.

Newyork, 12. Mai. Die Brüder Wright erklären in „The N. Y. Times“, sie seien entschlossen, im August oder September in Berlin Aufzüge auszuführen.

Der Besuch des württembergischen Königspaars in Karlsruhe.

Karlsruhe, 12. Mai. Der König und die Königin von Württemberg sind heute vormittag 10 Uhr 40 Min. wieder nach Stuttgart zurückgekehrt. Die großherzoglichen Herrschaften werden dem Königspar das Geleit zum Bahnhof, wo sich auch Prinz und Prinzessin Marg von Baden und die Umgebungen zur Verabschiedung eingefunden hätten.

Die Aufführung eines geheimnisvollen Vorgesanges.

München, 12. Mai. Die weitere Untersuchung über das mysteriöse Verbrechen hat ergeben, daß der angebliche Amerikaner an einer Vergiftung gestorben ist, die Vergiftung aber die Folge einer schweren Krankheit war. Ein Wort liegt also nicht vor. Was die im Koffer angefundene Brechweinsteine betrifft, so hat sich bei genauer Prüfung herausgestellt, daß es sich um ein Abbauwerkzeug handelt. Die Leiche des Hauses, in der der Amerikaner wohnte, bleiben indes dabei, daß kurz vor seinem Tode ein Fremder den Amerikaner besucht habe und als bald in großer Eile davongegangen sei. Der Verstorbene war ein Hochschüler namens Doerfer, gebürtig aus Wien. Er litt an „The N. Y. Times“ an einer Lungenkrankheit. In Amerika war der Verstorbene zu großem Ruhm gekommen.

Der Verhaftete Doppelmörder.

Triest, 12. Mai. Der Verhaftete Doppelmörder Gerges, der seine beiden Töchter ermordet hat, hat ein Geständnis abgelegt. Er wurde heute in das Untersuchungsgefängnis nach Triest transportiert. Der von ihm zurückgelassene Brief über die Motive seiner Tat enthält u. „The N. Y. Times“ den Satz: Er habe stets zur Gottesmutter gebetet, der Teufel sei jedoch stärker gewesen.

Eine furchtbare Tat in der Not.

Wien, 12. Mai. Aus Wien heutig früh eine Frau, welche mit einem Arbeiter einen gemeinsamen Haushalt führt, eine gräßliche Tat. Sie warf ihre zwei unehelichen Kinder vom 3. Stock in den Hof und fürstlich selbst nach. Mutter und Kinder sind tot. Ein drittes Kind, ein fünfjähriges Mädchen war zu weit der Tat in der Schule.

Brindisi.

Brindisi, 12. Mai. Der König und die Königin von Italien sind heute vormittag hier eingetroffen und begaben sich an Bord des Kaiserlichen „Victoria Emanuele“.

Brindisi, 12. Mai. Die Yacht „Hohenzollern“, mit dem Kaiser und der Kaiserin an Bord, ist heute vormittag 10 1/2 Uhr mit den Begleitschiffen „Stettin“ und „Sleipner“ und einer Eskorte von italienischen Torpedobootzerstörern hier eingetroffen. Die Ereignisse in der Türkei.

Saloniki, 12. Mai. Die mazedonische Finanzkommission beantragt u. „The N. Y. Times“ zwecks Ausbaues der geplanten strategischen Straße durch die gefangenen Reaktionen zunächst einen Kredit von 21000 türkischen Pfund.

Konstantinopel, 12. Mai. Bei Tagesanbruch wurden in verschiedenen Stadtteilen, darunter in dem in der Nähe des Bildis gelegenen Stadtviertel Beşiktaş, etwa zwanzig Personen hingerichtet.

Konstantinopel, 12. Mai. (Von unv. Priv. Korresp.) Die genaue Zahl der heute Gehängten beträgt 24.

Konstantinopel, 12. Mai. Das Amtsdial veröffentlicht Doppelan aus dem Minister Leppe, denen zufolge im ganzen Bistum A u. B herrscht. Ferner veröffentlicht das Amtsdial eine Zweiseite des Kaisers von A u. B vom 10. Mai, welche befragt: Der Kommandant des englischen Geschwaders hat den Fall befragt, der ihm erklärte, daß seit 12 Tagen im Bistum Ordnung herrsche und daß an die Küster Untersuchungen verteilt werden. Der Kommandant erwiderte, daß er dies selbst festgestellt habe und erklärte, daß das Geschwader am 10. Mai Abertun verlassen werde. Der Zeitung „Sabah“ zufolge, gab der Kommandant dem Großkapitän seinem lebhaften Bedauern über die Verhältnisse im Bistum A u. B Ausdruck und ersuchte ihn, die Schulden zu bezahlen und eine Oligarchie einzuführen.

Einspruch der Porte gegen den „König von Bulgarien“.

Konstantinopel, 12. Mai. Der „Turque“ zufolge erteilte die Porte den türkischen Völkern die Weisung, bei den Mächten dagegen Einspruch zu erheben, daß König Ferdinand den Titel „König von Bulgarien“ annimmt, da durch diesen Titel Unstimmigkeiten bezüglich der bulgarisch-ottomanischen Staatsangehörigkeit entstehen könnten.

Zur Reichsfinanzreform.

Von den Gerüchten über ein neues Finanzkompromiß nimmt auch der Berliner Korrespondent der „Mensch. R. Nachr.“ Notiz. Die Nachricht, die mit einem Fragezeichen versehen wird, lautet:

Die Gerüchte von einem Kompromiß zwischen der Regierung und den Reichstagen in Sachen der Reichsfinanzreform gewinnen an Verbreitung und Bestand, doch lauten die Mitteilungen über den Inhalt der Vereinbarungen noch so unbestimmt, daß größte Zurückhaltung geboten ist. Wahrscheinlich eilen sie den Tatsachen voraus. Genaueres ist zur Zeit nicht zu ermitteln, da nur sehr wenige Personen an den Verhandlungen beteiligt sind, die strengste Verschwiegenheit beobachten.

Der Berliner Korrespondent des „Hannov. Cour.“ findet es auffallend, daß die Offiziere bereits anfangen, den Umfall der Regierung vorzubereiten und die von den

Konserverativen ausgegebene Parole: „Die Liberalen sind an allem schuld“, weiter zu verbreiten. Er zitiert folgende Auslassung des „K. N. Z.“:

Die Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien und ihren Führern fördern keinerlei greifbare Resultate zutage, aus denen mit Gewißheit zu entnehmen wäre, daß wir in absehbarer Zeit einer Lösung entgegengehen. Die Regierung sieht sich auf der einen Seite der Erklärung der Konserverativen gegenüber, die neben 400 Millionen Mark indirekter Steuern auch 100 Millionen Mark direkte Steuern, wenn auch nicht in der Form der Erbschaftsteuer, bewilligen wollen, während auf der anderen Seite nicht zu erkennen ist, wie die Liberalen ihre theoretische Bereitschaft zur Bewilligung von 400 Millionen Mark indirekter Steuern in die Tat umsetzen wollen. Wenn diese Sachlage sich nicht sehr bald von Grund aus ändern sollte, wird die Regierung ihre weiteren Maßnahmen entsprechend einrichten müssen.

Dazu bemerkt der „Hann. Cour.“, daß eigentliche Verhandlungen zwischen den Parteien überhaupt nicht stattfinden. Sie entbehren ja der Basis, so lange die Regierung mit ihren neuen Vorschlägen verfährt. Zweitens aber: Wo ist die „praktische“ Bereitschaft einer anderen Mehrheit, 400 Millionen Mark indirekter Steuern zu bewilligen? Für den Ausfall an Verbrauchssteuern ist immer noch Erfolg möglich, und wir zweifeln nicht, daß die Liberalen ihre theoretische Bereitschaft in die Praxis umsetzen würden. Für die von den Konserverativen abgelehnten direkten Steuern — sie haben ja alle Regierungsforderungen verworfen — fehlt noch jeder Erfolg.

Zum Schluß rät der „Hannov. Cour.“ den Offizieren, die Unterwerfung der Regierung unter den Willen der Konserverativen etwas geschickter einzuleiten und zu begründen.

Zur Abstimmung über die Tabaksteuer in der Finanzkommission schreibt daselbe Blatt:

Der „Schwarze Bund“ ist heute in der Finanzkommission bereits wirksam geworden. In der Tabaksteuerfrage haben Konserverative, Centrum, Reichspartei und ein Antisemit zugestimmt und die Majorität erhalten. Man sollte nach den Ausführungen der „Kreuz-Ztg.“ erwarten, daß nun wenigstens die von der Regierung geforderte Summe sichergestellt wäre. Doch weit gefehlt! Im Prinzip angenommen ist die Fallruhen-Versteuerung des Zentrums, die nach des Schatzsekretärs Berechnung 30 Millionen (statt der geforderten 80) einbringen wird. Selbst wenn morgen die Vorschläge der Konserverativen, die Säge um zwei Drittel des Betrages zu erhöhen, angenommen würden, bliebe der Betrag immer noch um 30 Millionen hinter dem Geforderten zurück. Es ist aber wahrscheinlicher, daß die Konserverativen sich den neuen Forderungen fügen und ihre Forderung nach 80 Mill. in den Schornstein schreiben werden. Dann kommt das seltsame Resultat heraus, daß das Angebot der Liberalen, über 40 Mill. in einer von den Interessenten gebilligten, ohne Unkosten und ohne Zeitaufwand einfühbaren Form zu bewilligen, abgelehnt wird, und dafür eine Steuer Geltung erhält, die weniger einbringt, schmerz und kostspielig zu erheben ist, und von sämtlichen Interessenten für unmöglich erklärt wird. Diese teilen sich beinahe in Anbängern des Gewichtsollens und der Vanterale; aber die Reichsteuer lehnen sie gemeinschaftlich ab. Ist das praktische Resultat? Ist das der Anfang der angekündigten „sofortigen“ Bewilligung von 400 Millionen Verbrauchssteuern? Wie die „Kreuz-Ztg.“ zu dieser Prophezeiung kommt, ist uns überhaupt bisher unklar. Das Zentrum hat bisher nirgends mehr bewilligen wollen als die Liberalen, hat auch diesen Willen dazu öffentlich nicht erklärt. Wenn also keine geheimen Abmachungen zwischen den Konserverativen und dem Zentrum bestehen — die bisher beide frampft leugnen —, so wissen wir nicht, worauf die „Kreuz-Ztg.“ ihre Hoffnungen baut. Die heutige Kommissionsberatung hat diese jedenfalls gänzlich enttäuscht.

Der Ausstand der französischen Postbeamten.

Ueber die Versammlung der Postbeamten, die den Ausstand beschloffen hat, erhält die „Köln. Ztg.“ folgendes Telegramm:

Paris, 11. Mai. Ein heute abend von 10000 Postleuten besuchte Versammlung hat mit großer Begeisterung und Entschlossenheit beschlossen, morgen den Ausstand zu eröffnen. Einstimmig ohne Widerspruch wurde ferner der Vorschlag des bisherigen Bundeskomitees angenommen, an seiner Stelle die Leitung des Ausstandes dem neuen Generalkomitee anzuvertrauen, dessen Mitglieder geheim bleiben sollen. Die Führer teilten mit, daß bereits das Lösungswort an die Führer in der Provinz abgegangen sei, auch dort morgen den Kampf zu beginnen, und daß von mehreren größeren Orten bereits zustimmende Antwort eingegangen sei. Die jetzt, 11 1/2 Uhr abends, noch nicht beendete Versammlung ist bis jetzt in musterhafter Ordnung verlaufen. Die Beamten mehrerer Stadtpostämter sind bereits heute abend in den Ausstand getreten, desgleichen heißt es, daß die Bahnpost am Lyoner Bahnhof nicht abgegangen sei und daß mehrere hundert Postfächer für Südamerika in St. Nazaire liegen geblieben seien.

Paris, 12. Mai. In den Erörterungen der Presse über die gestrige Kammer Sitzung und über die Versammlung der Postbeamten spiegelt sich die lebhafteste Beunruhigung wieder, die der neue Poststreik hervorrief; ebenso macht sich in der Bevölkerung, die bezüglich der letzten Streikdrohungen eine ziemlich optimistische Auffassung an den Tag gelegt hatte, erube Besorgnis über die Folgen des neuen Ausstandes geltend. Insbesondere wird der Anschlag verschiedener Arbeiterkategorien an den Ausstand der Postleute befürchtet.

Mehrere radikale Blätter tadeln die Sprache des Ministers Barthon; man wirft ihm vor und will ihm nicht verzeihen, daß er eine Kraftrede hielt, während man ein vorsichtiges Staatsmännisches Wort von ihm erwartet hätte.

Als besonders bedauernde Episode der gestrigen Versammlung der Postbeamten wird berichtet, daß einer der Führer der Bewegung der Streikarbeiter, Bauron, mittels eines auf dem Präsidententische stehenden Telefons eine Verbindung mit Lyon verlangte, sie sofort erhielt und dann laut in das Schloß hin-

einrief: „In Paris wird gestreikt.“ — Er bekam sofort die Antwort: „In Lyon auch.“ — Diese Mitteilung wurde von den zehntausendköpfigen Menge mit frenetischem Beifall aufgenommen. — Die gleiche telefonische Antwort erhielt man aus Lille, Bordeaux und Marseille. Ein Streikarbeiter rief aus: „Jetzt kann Clemenceau seine Briefstauben fliegen lassen.“

Paris, 12. Mai. Gleichzeitig mit dem Meeting der Postbeamten fand eine 1000köpfige Versammlung der Menschenrechte-Liga im Livofisale statt, in der die sozialistischen Deputierten Presse und Combat schärfste Angriffe gegen die Regierung richteten und in der ein Beschlusantrag gegen die Maßregelung der Postbeamten einstimmig angenommen wurde.

Der Vertreter der Elektriker erklärte unter dem Beifall der Versammlung, der Streik der Postleute werde für die gesamte Arbeiterschaft das Signal zur Befreiung werden. — Der Militärgouverneur von Paris hat für den Fall eines Ausstandes der Elektriker den Befehl erteilt, den elektrischen Stationen die erforderliche Anzahl von Soldaten zu stellen.

Der Kriegsminister hat infolge des Poststreikes die Abfahrt der Infanterieregimenter verschoben, die im Lager von Chalons und Umgebung an Schießübungen teilnehmen sollten. — Bis in die späten Nachstunden hielt

Polizeipräsident Bépine eine Besprechung mit sämtlichen Polizeikommissaren ab, um über die infolge der Streikbewegung erforderlich werdenden Maßnahmen zu beraten. — Alle Postbüros werden von heute morgen an polizeilich und militärisch bewacht werden. Ferner wurde der Befehl erteilt, die streikenden Post- und Telegraphenbeamten sofort durch Soldaten zu ersetzen.

Von den telegraphischen Verbindungen mit Deutschland ist infolge des Streikes gegenwärtig nur noch die mit Berlin erhältlich.

Paris, 12. Mai. Nur ein Drittel der Angestellten des Postdienstes hat heute früh die Arbeit eingestellt, sodas der Dienst, wenn auch mit Störung, funktioniert. (S. 3.)

Paris, 12. Mai. 9 Uhr 45 Min. vormittags. Auf dem Postamt sind nur wenige Beamte nicht erschienen. Patrouillen der Garde Republique durchziehen allenthalben die Stadt.

Paris, 12. Mai. Der Streik der Postbeamten hat bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Störung im Dienst verursacht. In Paris fehlen nach amtlicher Feststellung 1 Fünftel der Beamten. In Lyon, Marseille und Bordeaux vollzieht sich der Dienst normal. Es fehlen hier sehr wenige Beamte.

Deutscher Reichstag.

W. Berlin, 12. Mai.

Am Bundesratsstisch: Commisare. Präsident Graf Stolberg eröffnete die Sitzung um 2 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß der Kronprinz für die ihm dargebrachten Glückwünsche dem Haupte seinen herzlichsten Dank ausspreche. Die Beratung des Antrages Sped. (31.) auf

Einführung einer Wahlenreform wird fortgesetzt.

Mollenhuth (Soz.): Der Grundgedanke ist der, daß der Kleinbetrieb mit dem Großbetrieb nicht konkurrieren kann, weil letzterer vor ersterem mancherlei Vorteile, vor allem beim Einkauf von Getreide voraus hat. Die Ausführungen des Abg. Sped. lassen schlecht zu denen des Abg. Köpcke. Ueberhaupt war der Vergleich über unsere Mäckeren mit dem amerikanischen Fleischtrost unzutreffend, denn wenn ein deutscher Getreidebauer kommt, dann ist die Landwirtschaft mit ihrer Vollpolitik schuld daran. Auf die Großmühlen können wir nicht verzichten. Die meisten gewerblichen Industrien sind im Laufe der Zeit zu Großbetrieben ausgewachsen. Die erforderlichen Steuern müßten so hoch sein, daß von einem weiteren Bestand der Großmühlen nicht die Rede sein kann.

Wir können uns nicht dazu hergeben, durch eine Steuer irgend jemand Vorzug zu leisten. Die Großmühlen sollen nicht allein getroffen werden, es soll vielmehr das Mehl verteuert werden.

Geheim (Zell. Ver.): Die Antragsteller haben eine Rolle der kleineren und mittleren Mühlenbetriebe aus dem Ausstande der Betriebe und ihrer Arbeiterzahl zu beweisen geschickt. Merkwürdig ist, daß bei den zu diesem Zwecke vorgebrachten Statistiken über den nämlichen Gegenstand die Zahlen sich nicht decken. Für den Rückgang der Kleinmühlen gibt es so viele natürliche Ursachen, daß man nicht notwendig hat, besondere Gründe vorzuführen und wie der Abg. Sped. den Großmühlen infernalische Absichten zu unterstellen. Wir haben von verschiedenen großen Auskunftsleuten aus über 140 rheinisch-westfälischer Mühlen und über deren Geschäftslage erkundigt. Die eingezogenen Erhebungen haben ergeben, daß es einem großen Teil auszeichnet, teils gut, teils zufriedenstellend geht mit Ausnahme von ganz 7, denen es nicht betriebend geht und zwar aus anderen Gründen.

Die Ergebnisse der Mühlenindustrie beweisen, daß von einem Verschwinden der mittleren Betriebe nicht die Rede ist. Eine Vertrustung des Mehls ist nach meiner Ansicht u. n. möglich, denn es wäre doch eine Kleinigkeit, so viele kleine Betriebe zu schaffen, daß sie die Preise unterbieten könnten. Mit einer Kontingierung oder Staffsteuer wäre die Vorarbeit für einen Druck getan. Hier handelt es sich wiederum um eine Brotversteuerung. Gerade die Landwirtschaft und speziell die im Osten sollte es sich überlegen, ob sie einen derartigen Antrag unterstützen können, denn sie haben an den Großbetrieben die besten Abnehmer. Zunächst sollte einwandfreies holländisches Material beschafft werden.

Die Tabaksteuer.

Berlin, 12. Mai. Finanzkommission. Bei der Spezialberatung der Tabaksteuervorlage war das Ergebnis der Abstimmung zum Vortrag 1 (Gewichtsoll), daß die bisherigen Gewichtsoffiziere, die ungefähr dasselbe bringen wie die Säge der Subkommission, bestehen bleiben. Bei Beratung des Vortrags 2a (Wertvollzuschlag) wurde die Vorlage der Subkommission, die 30 Prozent vorstelt, angenommen. Die Konserverativen hatten 70 Prozent, die Reichspartei 50 Prozent beantragt.

Berlin, 12. Mai. Die Finanzkommission des Reichstages hat die Steuer für den innerhalb des Zollgebietes erzeugten Tabak, der nach dem Entwurf der Subkommission 10 Mark betragen sollte, auf 54 Mark für den Doppelentner erhöht. Nächste Sitzung am Donnerstag: Durchberatung des Bundesratsentwurfs,

Volkswirtschaft.

Begleitvereine IX und X des Verbandes deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche.

Unter dem Vorhise von Ed. Simonis-Frankfurt a. M. fanden am 8. d. M. in Wiesbaden die Hauptversammlungen der Begleitvereine IX (Großherzogtum und Provinz Hessen etc.) und X (Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen etc.) des Verbandes deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche (Sitz Hamburg) in Anwesenheit einer großen Anzahl von Verbandsmitgliedern sowie von Vertretern der Handelskammern und befreundeter kaufmännischer Vereine statt. — Koetting-Freiburg i. Br. erstattete den Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Verbandes und der Begleitvereine, der ein anschauliches Bild von der vielseitigen, von dem Verbands- und seinen Bezirksorganisationen geleisteten Arbeit bot. — Justizrat Dr. Fuhs-Mann hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Schranken des Wettbewerbs“, der zu einem lebhaften Meinungs- und Beratschlagungsüber die Reichstagskommission zur Vorbereitung der neuen Wettbewerbsgesetze führte. — Graf Kiengle-Stuttgart hielt einen Vortrag über „Die neuen Gesetze und deren Belastung für den Detailhandelsstand“. Der Vortragende wies insbesondere darauf hin, daß der gesamte Detailhandel unter dem Ansturm immer neuer sozial-politischer Gesetze und Forderungen in seinen Daseins- und Wettbewerbsbedingungen immer mehr bedroht werde und daß bereits heute der Detailhandel durch sozial-politische Gesetze aller Art und durch die Steuererhöhung bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit belastet sei. Die Ueberwindung des sozial-politischen Gedankens, der sich in der Forderung für die Angestellten erschöpfe, bedrohe ernstlich den selbständigen kleinen und mittleren Kaufmannsstand und dieser Gefahr sollten alle politischen Parteien im Reichstago stets eingedenk sein. Auch an diesem Bericht schloß sich eine lebhaft diskutierte an, in der sich die Versammlung einmütig auf den Standpunkt des Vortragenden stellte. — Im Anschluß hieran wurde von der Versammlung eine Erklärung angenommen, in der an die Handelskammern das dringende Verlangen gerichtet wird, bei der Aufstellung von Vorschlägen für die Handelsrichtervahlen, mehr als bisher ge- schehen ist, auch den Detailkaufmannsstand zu berücksichtigen. — In einer weiteren Erklärung wird die Verbandsgeheimhaltung angefordert, der Frage des Erzeuges des Pflichtfortbildungsschul- unterrichts für weibliche Angestellte durch Jahresvollkurse ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. — Als Ort der nächsten Hauptversammlung wurde Stuttgart gewählt. — Nach der Hauptversammlung vereinte die Teilnehmer ein fröhliches Fest- mahl im Kurhause in Wiesbaden.

Müßingers Aktiengesellschaft in Berlin.

Die Hauptversammlung genehmigte den Abschluß für 1908 sowie die mit 8 pCt. (wie i. V.) vorgeschlagene Divi- dende. Nach dem Geschäftsbericht kann das Ergebnis des abgelaufenen Jahres in jeder Beziehung als erfreulich bezeichnet werden. Sämtliche Betriebe ohne jede Ausnahme arbeiteten zufriedenstellend, und der Umsatz hat gegen das Vorjahr um 14 pCt. zugenommen. Die Verwaltung glaubt jedoch in der Annahme nicht fehl zu gehen, daß im laufenden Jahr der Umsatz und der damit in Verbindung stehende Ge- winn sich noch bedeutend steigern werden, wenn die zurzeit bestehenden ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse sich ge- bessert haben, die überaus hohen Fleischpreise wieder auf das Maß normaler Zeiten zurückgehen werden und insbesondere auch die Industrie wieder ihre volle Beschäftigung haben wird. Die Betriebsergebnisse weisen einen Rohgewinn von 2.227.152 Mark (i. V. 1.745.127 Mark) auf. Nach Abzug aller Unkosten verbleibt ein Gewinn von 1.607.005 Mark (i. V. 1.265.573 Mark), der sich durch den Gewinnvortrag von 14.934 Mark (i. V. 16.677 Mark) auf 1.621.949 Mark (i. V. 1.282.250 Mark) erhöht. Nach Abschreibungen von 1.316.000 Mark (i. V. 1.002.937 Mark) verbleibt ein Reingewinn von 305.949 Mark (i. V. 279.313 Mark), woraus die oben genannte Dividende verteilt und 39.487 Mark vorgetragen werden sollen. Die Umsätze in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres sind gegenüber denen des Vor- jahres höher, so daß die Verwaltung weitere günstige Ergeb- nisse in Aussicht stellt.

Ueber die Petroleumquellen Perus

und ihre Ausbeutung bringt die neueste Nr. der Halbmonats- schrift „Süd- und Mittel-Amerika“ (Verlag S. Baetel, Berlin) einen interessanten Artikel. Danach wendet neuerdings das a- merikanische Großkapital den peruanischen Petroleum- reichthümern seine besondere Aufmerksamkeit zu. An der Spitze dieses Großkapitals steht, aus leicht begreiflichen Gründen, die bekannte „Standard Oil Co.“ Die andauernde, gleichmäßig zunehmende Ergiebigkeit der peruanischen Petroleumquellen und die Auffindung neuer Quellen in den unterschiedlichsten Teilen des Landes lassen es zur Gewißheit werden, daß Peru das an Petroleum reichste Land des gesamten Südamerikanischen Kon- tinents ist. Der amerikanische Petroleumtrust, die Stan- dard Oil Co., läßt mit dieser Konstatierung demnach große Gefahr, wirklich gleichwertige Konkurrenz zu erhalten, wodurch seine derzeitige Monopolstellung bedenklich erschüttert werden muß. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Standard Oil Co. Informationen über die Petroleumfelder Perus, die sie zur Zeit sammelt, nur zu dem Zwecke macht, um das von ihr bisher behauptete Monopol durch den Ankauf derselben noch weiter- hin auszuweiten. Die Entdeckung der peruanischen Petroleum- felder datiert bis zum Jahre 1862 zurück. Die erfolgreiche Aus- beutung begann jedoch erst um 1870; sie hat besonders in den letzten Jahren einen raschen Aufschwung genommen, der sich bei der ungeheuren Ausdehnung der Felder und den günstigen Pro- duktionsbedingungen sicher in gleicher Weise auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Im Jahre 1906 waren nur 200 Brunnen im Betriebe, im folgenden Jahre betrug die Zahl schon 560! Diese peruanischen Reichthümer verdienen die Aufmerksamkeit des Groß- kapitalis, speziell auch der heute so weit fortgeschrittenen Petro- leum-Motorindustrie, die besonderes Interesse daran besitzen dürfte, sich zeitigen einen Anteil der Kontrolle über die peruanischen Petroleumfelder zu sichern. Ehe der amerikanische Petro- leumtrust seine Monopolmachstellung auch über diese hat aus- weiten können.

Der japanische Zuckerskandal.

Der in Japan immer größere Dimensionen annehmende Zuckerskandal ist ein folgende Fakta zurückzuführen. In den beiden letzten Sessionen des Parlaments hatte namentlich die „Seijufu“, die konstitutionelle Partei, die über eine große Ma- jorität verfügte und die parlamentarische Situation beherrschte, einen starken Anlauf genommen, die japanische Zucker-Ge- sellschaft zu verstaatlichen, mit anderen Worten, die

Regierung zu veranlassen, diese von den Aktionären demütlich zu einem unverhältnismäßig hohen Preise zu kaufen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde eine große Anzahl der Abge- ordneten, namentlich von der einflussreichen konstitutionellen Partei, nach dem berühmten Muster des Panama-Skandals be- stochen. Nach dem Geständnis der eingesperrten Direktoren der Gesellschaft ist eine halbe Million Mark auf die Stim- menwerbung durch Bestechung verwandt worden. Die Aufregung in der japanischen Bevölkerung ist groß und die Regierung hat umfassende Maßregeln getroffen, damit kein Schuldiger der Strafe entgeht. Zwei Mitglieder der konstitutionellen Partei sitzen hinter Schloß und Riegel, darunter Nohai, der noch bis vor kurzem Redaktor des „Nishi Nishi Shinbun“ von Tokio war und vor einem Jahre zum Christentum übertrat und als Mann von hohen Prinzipien galt. Im ganzen stehen etwa 50 Parlamentarier, meist hervorragende Redner des Unter- hauses im Verdacht, bestochen worden zu sein und selbst der Senat wird für nicht durchaus sauber gehalten. Die „Seijufu“ aber ist vollständig gesprengt. Die japanischen Zeitungen sind voller Lob über das energische und rücksichtslose Vorgehen der Regierung, und man hofft, daß das strenge Strafgericht die Han- delskreise in Japan überhaupt janzieren wird.

Am Geldmarkt waren die Kurse heute unverändert; Privatdis- kont 2 1/2 Prozent, tägliches Geld ca. 2 Prozent.

Die Versicherungs-Abteilung der Dresdner Bank macht durch Inserat bekannt, daß ihr Prämien-Tarif für Ausfuhrungs- Versicherung für den Monat Juni 1909 erschienen ist. Der- selbe enthält u. a. die Prämien-Sätze für Gothaer 11, 100 Taler- Loje von 1871, Adm. Mindener 100 Taler-Loje von 1871, Oester- reichische 100 Gulden-Loje von 1864 und Venetianer 30 Lire von 1869.

Königliche Universitätsdruckerei G. Sturz, A.-G. in Wür- burg. Die Gründung dieser mit 1.400.000 Mark Grundkapital ausgestatteten neuen Aktiengesellschaft ist jetzt als erfolgt ins Handelsregister eingetragen. Herr Kommerzienrat Heinrich Sturz legt in die Gesellschaft ein Jahr unter der Firma G. Sturz, Königl. Universitätsdruckerei in Würzburg, betriebene Buchdruckerei, Steindruckerei, Buchbinderei und Verlagsgeschäft auf Grund der Geschäftsabläufe vom 1. Januar 1909 mit allen Aktiven, insbesondere dem Anwesen Nr. 1 an der Friedhofstraße in Würzburg, ferner mit allen Verlags-, Patent- und sonstigen Rechten, sowie der Firma und den in der Bilanz aufgeführten Passiven und erhält für diese auf 1.560.000 Mark gewertete Einlage 875.000 Mark in 875 Aktien der Gesellschaft, 475.000 bar, zahlbar zuzüglich 4 Prozent Zinsen seit 1. Januar 1909 und 210.000 Mark bar mit 4 1/2 Prozent, seit 1. Januar 1909 verzins- lich, bis 1. Januar 1915 unkündbar.

Bayerische Kohlenproduktion. Die Produktion an Steinkohlen im April 1909 betrug 128.494,55 To. (i. V. 121.154,65 To.). Die- sen treffen auf die Staatswerke 49.167,20 To. (i. V. Tonnen 44.894,90) und auf die Privatwerke 79.327,35 To. (i. V. 76.259,75 Tonnen). Aufgeschlüsselt auf die einzelnen Berginspektionsbezirke treffen auf den Bezirk München 70.189,20 To. (i. V. 66.494,50 Tonnen), Bayreuth 1759 To. (i. V. 2003 To.) und Zweibrücken 56.546,35 To. (i. V. 51.856,85 To.). Sämtliche Braunkohlenwerke, welche sich alle in Privatbesitz befinden, förderten 41.020,40 To. gegenüber 40.536,30 To. im Vorjahre.

Die Dr. Paul Neher A.-G. in Berlin, Fabrik elektroche- mischer Instrumente schlägt eine Erhöhung des Aktienkapitals und Wahlen in den Aufsichtsrat vor. Bis Ende 1908 hatte das Unternehmen infolge Neubauten bereits M. 121.000 Bankschulden aufgenommen, wozu u. a. das Erfordernis für die Dividende von 7 Prozent mit M. 112.000 hinzutrat.

Die Erzeugnissekommission des Kalisynbifids wird nach dem „Börse-Courier“ am 15. d. M. berufen, um die Grund- lagen zur Quoteneinschätzung durchzuberaten. In der ferner auf den 17. d. M. und folgende Tage angelegten Hauptversammlung der Mitgliederversammlung und sachverständigen Werke wird der Ver- tragsentwurf für das neue Kalisynbifid in der neu redigierten Fassung zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt.

Der Kupferblechverband erhöhte ab heute den Grundpreis um M. 2 auf M. 154 pro 100 Kg., nachdem am 8. Mai eine Erhöhung in gleichem Umfang eingetreten war. Ferner erhöhte die Verkaufsstelle des Deutschen Kupferblechverbandes den Preis für gegossenes Kupferblech um M. 5 auf M. 183 pro 100 Kg.

Handelsliteratur.

Wie liest man einen Kurszettel? Ein Führer durch den täg- lichen Börsenbericht von Dr. jur. H. Calch, Bankschuldbirektor in Stuttgart i. G., mit vier Kurszettelbeispielen. 4. Auflage, 12. bis 16. Tausend. Preis 1 Mark, Porto 10 Pfg. R. N. H. Verlags- handlung, Stuttgart. — Ein großer Teil der Zeitungslieferer findet sich im täglichen Kurszettel mit seinen endlosen Zahlenreihen und kleinen Zeichen nicht zurecht. Wer nun als Besitzer oder Käufer von Wertpapieren seine Kenntnisse nicht allein vom Bankier oder Han- delsbrotkurier beziehen, sondern sich selbst auf Grund des täglichen Börsenberichts ein Urteil bilden will, für den bildet die obige Schrift einen zuverlässigen Führer und Berater. Das klar und allgemein verständlich geschriebene Werkchen, das nach kurzer Zeit schon vier Auflagen erlebt hat, gibt Aufschluß über alle Börsenausdrücke, Zif- fern, Zahlenreihen, Zeichen und Abkürzungen des Kurszettels. Sehr lehrreich sind auch die in einer Mappe beigegebenen Börsenberichte von Berlin, Frankfurt, Hamburg und London.

Telegraphische Handelsberichte.

Deutsche Geld- und Silberseide-Anstalt Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 12. Mai. In der heutigen Aufsichtsrats- sitzung wurde beschloffen, der auf den 6. Juni einzuberufenden Ge- neralversammlung 33 Prozent Dividende vorzuschlagen gegen 30 Prozent im Vorjahre.

Konturs.

M.-Glückbach, 12. Mai. Im Kontur der Färberei und Druckeri Gebr. Herting in Ederströden betragen die nichtberor- rechtigten Forderungen 178.091 M. Die Gläubiger erhalten, lt. „Börs. Ztg.“, nur 0,91 Prozent.

Dividendenmarkt.

München, 12. Mai. Der Aufsichtsrat der lithographisch- artistischen Anstalt in München beschloß nach dem „M. N. N.“, eine Dividende von 6 Prozent wie im Vorjahre zu verteilen.

Dresden, 12. Mai. Die heutige Generalversammlung der A.-G. für Glasindustrie vorm. Friedrich Simon in Dresden beschloß lt. „Börs. Ztg.“ die Verteilung einer Dividende von 16 Prozent, wie im Vorjahre.

Berlin, 12. Mai. Die Sagan-Wollspinnerei und Weberei schlägt lt. „Börs. Ztg.“ eine Dividende von 9 Prozent (i. V. 10 Prozent) auf die Stammaktien vor.

Feierabend wegen schlechten Geschäftsganges.

Breslau, 12. Mai. Wegen schlechten Geschäftsganges legte dem „Oberschl. Kurier“ zufolge am Samstag die fiskalische Ruijen- grube ihre erste Feiertagsfeier ein.

Kaligewerkschaft „Glückauf Wehra“.

Hannover, 12. Mai. Die Generalversammlung der Kaligewerkschaft „Glückauf Wehra“ beschloß lt. „Börs. Ztg.“ die Uebernahme der selbstständigen Vermögensgegenstände der Kaligewerkschaft „Glückauf Sondershausen“ im Betrage von M. 4 Millionen bei der Deutschen Bank.

Amerikanischer Robeisenmarkt.

New York, 12. Mai. Dem „Journ. of Commerce“ zufolge ist der Robeisenmarkt ruhig. Landwirtschaftlich: Maschinenfabriken nahmen ihren Stahlwarenbedarf zu anziehenden Preisen auf.

Mannheimer Effektenbörse.

vom 12. Mai. (Offizieller Bericht.)

Keines Geschäft war heute in Ueberein, Versicherung-Aktien zu 580 Mark pro Stück, Mannheimer Versicherungs-Aktien bei 484 Mark gefragt; ebenso Süddeutsche Kabelwerke-Aktien zu 125 Prozent.

Obligationen.

Table with columns for Pfandbriefe, Städte-Anleihen, and Obligations. Includes entries like 4% Rb. Hyp.-B. uml. 1909/100.20, 3 1/2% Rb. Hyp.-B. verschied. 93.40, 3 1/2% Kommunal 94.00, etc.

Alien.

Table with columns for Renten, Eisen, and Aliens. Includes entries like Tabische Bank, Gewerl. Saver 50%, Rb. Hyp.-B., etc.

Branchen.

Table with columns for Branchen, Eisen, and Industri. Includes entries like Bab. Brauere, Binger Aktienbierbr., Karf. Hol. von Hagen, etc.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privatelegramm des General-Kuriers.)

Frankfurt a. M., 12. Mai. Heutige Börse. Die Börse zeigte in ansehender der sicheren Tendenz des New Yorker Marktes auf dem Bahnmarkt für Baltimore günstige Tendenz. Von den übrigen Transportwerten hat die Belastung von Lombarden merklich nach- gelassen. Prinz Heinrichbahn (Wien). Schiffahrtsaktien waren ruhig und wenig verändert. Die Haltung des Bankaktienmarktes ist als fest zu bezeichnen, was besonders für die Aktien der Berliner Handelsgesellschaft und Deutschen Bank gilt. Der hiesige Privat- diskont erfuhr keine Veränderung in ansehender, daß das Geld härter gefragt war für die morgige Einzahlung der neuen Staatsanleihen. Von heimischen Anleihen waren prov. Papiere etwas besser, während 3 1/2pro. Reichsanleihen und preussische Konvuls schwächere Tendenz aufwiesen. Der Markt der Montanpapiere erlangte infolge der sicheren Haltung der Kupferaktien etwas Belebung. Auf dem all- gemein wenig belebten Markt der Industriepapiere waren elektrische Werte angeregt auf größere Peterburger Bekleidungen, Siemens für Walze, Säuger und Edison hervorragt, chemische ungleichmäßig. Für elektrische Werte war weitere Nachfrage zu bemerken. Die Nachfrage war sehr, besonders in Bankaktien. Selteneren leidet und höher. Es notierten Kreditaktien 20.50, Diskont 189, 189.25, Dresdner Bank 153.50, 90, Staatsbahn 152.10, 30, Lombarden 15.25, 40, 90, Baltimore 140.50, Berliner Handelsgesellschaft 174.00, 175.50, Deutsche Lugen- burger 191.25, Weissenhofen 184.50, 185.10.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Kompagnie.

Schlusskurse.

Table with columns for Reichsbankdiskont, Wechsel, and Bergwerksaktien. Includes entries like Reichsbankdiskont 8 1/2 Prozent, Wechsel 11, 19, 11, 12, etc.

Bergwerksaktien.

Table with columns for Bergwerksaktien. Includes entries like Bochumer Bergbau 227.50 228.20, Paderborn 112.75 113, Concordia Bergw.-G., etc.

Staatspapiere, A. Deutsche.

Table of German state securities with columns for date (11, 12) and price.

Berlin, 12. Mai. (Deutschemarkungen.)

Table of Berlin market prices for various goods and currencies.

Budapester Produktenbörse.

Table of Budapest market prices for wheat, rye, and other products.

Überseeische Schiffahrts-Telegramme.

News reports from New York, London, and other international locations regarding shipping and telegrams.

Aktien industrieller Unternehmen.

Table of stock prices for various industrial companies.

W. Berlin, 12. Mai. (Telegr.)

Table of Berlin market prices for telegrams and other financial instruments.

Telegraphische Nachrichten des Norddeutschen Lloyd, Bremen.

Telegraphic news reports from the Norddeutscher Lloyd shipping line.

Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table of stock prices for German and foreign transport companies.

Wiener Börse.

Table of Vienna market prices for various goods.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Advertisement for Marx & Goldschmidt, Mannheim, including contact information.

Frankfurter Prioritäts-Obligations.

Table of Frankfurt priority obligations with columns for date and price.

Londoner Effektenbörse.

Table of London market prices for various securities and currencies.

Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt.

Table of self-contracting agents with columns for name, percentage, and other details.

Bank- und Versicherungskonten.

Table of bank and insurance account information.

Berliner Produktenbörse.

Textual report from the Berlin market regarding product prices and market conditions.

Berliner Effektenbörse.

Textual report from the Berlin market regarding securities and financial news.

Berliner Effektenbörse. (Privattelegramm des General-Anzeiger.)

Private telegram report from the Berlin market regarding securities.

Liverpooler Börse.

Table of Liverpool market prices for various goods.

Verantwortlich:

Responsible party information for the newspaper, including names and titles.

M. Reutlinger & Co. Hofmöbelfabrik.

Advertisement for M. Reutlinger & Co. furniture factory, featuring a large illustration of a room.

Eine Waldschule für Schüler höherer Lehranstalten

Will, wie „Die Post“ mitteilt, Charlottenburg demnächst im Grunewald errichten. Die Waldschule soll körperlich schwächlichen oder schonungsbedürftigen Kindern, denen die Anstrengung des vier- und fünfständigen Unterrichts in den stark besetzten Klassen schädlich ist, Gelegenheit geben, sich zu erholen, ohne daß der Unterricht während dieser Zeit eine Unterbrechung erfährt. Sie sollen in gesunder Waldluft, womöglich ganz im Freien, Unterricht erhalten, und zwar nach dem Lehrplan der Hauptanstalt, aber in einer verminderten Stundenzahl und in einem dem körperlichen Zustande angepaßten Lehrverfahren. Dabei sollen sie wesentlich in gleicher Weise gefördert werden wie die Klassenkinder in der Hauptanstalt, so daß sie beim Wiedereintritt nicht zurückbleiben. Um dies zu ermöglichen, sollen die Klassen höchstens 20 Schüler erhalten, und die Lektionen zumeist auf 30, in einzelnen Fällen auf 40 Minuten verkürzt werden; mehr als vier solcher Lektionen sollen nicht hintereinander erteilt werden.

Die Kinder kommen früh gegen 8 Uhr nach der Waldschule, bleiben in der Regel den ganzen Tag draußen im Walde unter pädagogischer Aufsicht, erhalten daselbst zweites Frühstück, Mittagessen und Nachmittagsmahl mit Zubrot und lehren gegen Abend in ihre Familien zurück. Der Unterricht findet in schulgängiger eingerichteter Holzbaracke, bei gutem Wetter möglichst ganz im Freien statt. Nach der Hauptmahlzeit ruhen die Kinder längere Zeit, sei es im Freien, sei es in offenen gegen Regen geschützten Hallen. Die gesundheitliche Überwachung der Waldschule soll einem geeigneten Arzt übertragen werden. Für die Aufnahme in die Waldschule würden zunächst nur Schüler der Sexta, Quinta u. Quarta in Betracht kommen. Mit Ausnahme der großen Ferien würde die Waldschule während des Sommerhalbjahres von Ostern bis Michaelis wochentäglich geöffnet sein. Es ist in Aussicht genommen, daß den Kindern ein Nachmittag in der Woche frei gegeben wird, um den Verkehr mit der Familie pflegen zu können.

Für die laufende Unterhaltung der Waldschule (einschließlich der Kosten für die Verpflegung) würden die Eltern für die ganze Zeit, in der die Waldschule geöffnet ist, nach vorläufiger Schätzung des Magistrats für jedes Kind (abgesehen von dem in der bisherigen Höhe zu zahlenden Schulgeld) etwa 200 M. für das Halbjahr zu zahlen haben. In diese Summe sind die Kosten für die Verpflegung während der Ferien, sowie während der Sonn- und Feiertage nicht eingeschlossen. Unbemittelten soll eventuell der ganze oder halbe Beitrag auf Antrag erlassen werden. Zunächst hat sich der Magistrat mit den Eltern der Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten Charlottenburgs in Verbindung gesetzt, um durch schriftliche Erklärung selbstverständlich, ob eine genügende Beteiligung zur Errichtung einer solchen Waldschule vorhanden ist. Nach dem Umfang der Beteiligung wird die Stadtgemeinde zu beschließen haben, ob sie eine Waldschule für höhere Lehranstalten errichten will.

Badische Krüppelfürsorge.

Wie bereits berichtet, ist kürzlich der Badische Fürsorgeverein für bildungsfähige Krüppel gegründet und Ob- u. Oberregierungsrat Dr. Becker in Mannheim als Vorsitzender gewählt worden. Obwohl Baden erst spät in die allgemeine Bewegung für Krüppelfürsorge eingetreten ist, so kann es sich doch rühmen, als erster Bundesstaat eine das Land umfassende Vereinsorganisation zustande gebracht zu haben. Mit der Vereinsorganisation an sich ist nun natürlich noch nichts Positives für unsere Krüppel geschehen, nun gilt es vielmehr, erst an die Arbeit zu gehen und vor allem sich die Mitarbeiterschaft der weitesten Kreise unserer Bevölkerung zu verschaffen. Im ganzen Großherzogtum sollen Ortsgruppen gebildet werden, welche in 40 Städten durch Vorträge des Herrn Prof. Dr. Valpius-Heiberg, „über Wesen und Wert der Krüppelfürsorge“ bereits vorbereitet wurden. Gewiß werden überall geeignete Persönlichkeiten sich in hinreichender Zahl bereit finden lassen, dem Verein beizutreten, für die schönen Ziele, welche er sich gesteckt hat, ihre Kraft einzusetzen, weitere Freunde für die Sache zu gewinnen und die nötigen Mittel zu erhalten, welche der Verein natürlich dringend braucht, um seine Absichten in die Tat umsetzen zu können.

Die moderne Krüppelfürsorge bezweckt zunächst, durch geeignete und rechtzeitige ärztliche Behandlung, durch besonderen Schulunterricht, durch gewerbliche Ausbildung zur selbständigen Erwerbsfähigkeit zu bringen. Die Erfahrungen, welche in den älteren Krüppelheimen bereits gemacht wurden — Deutschland besitzt heute schon ca. 40 solche Anstalten — haben gezeigt, daß bei einem überraschend großen Prozentsatz der Zöglinge das humanitäre wie nationalökonomisch bedeutende Ziel erreicht werden kann. Es besteht also die sichere Aussicht, daß den vielen Hunderten unserer verkrüppelten Landeskiner, welche der Hilfe barmherziger, eine wesentliche Erleichterung ihres traurigen Schicksals gebracht werden kann. Wer wollte da seine Hand nicht reichen, wenn er es irgend vermag, an der Verringerung des allzu lange unbedacht gelassenen Krüppelens mitanzuhelfen!

Im sicheren Vertrauen auf den Wohltätigkeitsgeist unserer Mitbürger hat der ganze Verein es gewagt, alsbald in die praktische Arbeit einzutreten und namentlich eine Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt in Heidelberg, welche von privater Seite bereits eingerichtet worden war, zu übernehmen. Es können daselbst zunächst etwa 30 Knaben und Mädchen Aufnahme, ärztliche Behandlung, Schul- und Handfertigkeitunterricht erhalten. Auch der Werkstättenbetrieb ist schon in Angriff genommen worden und es wird nun Aufgabe des geschäftsführenden Ausschusses sein, unter den angemeldeten Kindern diejenigen auszuwählen, welche die Fürsorge am dringendsten bedürfen, damit die beschränkte Bettenzahl so nutzbringend wie möglich verwendet wird. Voraussetzungsweise wird eine Erweiterung der Anstalt sich bald als notwendig erweisen. Und wenn für einen Neubau staatliche Beihilfe immerhin erbroßt werden darf, wenn ferner auch die Kreise des Landes unterstützend eingreifen — die private Wohltätigkeit kann nie und nimmer entzogen werden, ihr bleibt hier ein schönes Feld der Betätigung überlassen.

Wir hoffen und wünschen, daß der Hilferuf überall im badischen Land vernommen werde, daß der junge und wagemutige Verein zahlreiche Freunde und reiche Unterstützung finde. Möge auch bei uns, wie es z. B. in Danemark der Fall ist, die Krüppelfürsorge ein populäres Werk werden: Der Dank unserer armen badischen Krüppelkinder wird die zu bringenden Opfer reichlich belohnen, ganz abgesehen von der Erleichterung unserer öffentlichen Armenpflege. Mitglieder und Beiträge nehmen die Ortsgruppen überall mit Freuden an. Anmeldungen von Zöglingen können an die Oberin der Badischen Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt in Heidelberg gerichtet werden.

\* Der Vortrag ist zugunsten des Vereins im Druck erschienen und durch den Kommissionsbericht von D. Peters in Heidelberg, durch jeden Buchhändler oder durch die Ortsgruppen zu beziehen. (Preis 20 Pfennige.)

Aus der praktischen Bienenzucht.

(N. Schöpfer - Hoffenheim.)

Mai 1909. Der April hat sich mit kalten Regentagen überschrieben. Er ist für uns Bienenzüchter in seinem Anfang und Ende ein höchsterummer gewesen. Gätten wir das Monatsbild um die Osterzeit abgefaßt, wären wir versucht worden, ihm ein Loblied zu singen. Die Tage waren für die Entwicklung der Pflanzenwelt günstig, was sich jeweils in unseren Bienenwässern auffallend bemerkbar macht. Der Brutkasten war im rapiden Steigen begriffen und werden sich wohl die Völker in der zweiten Maiwoche rasch füllen. Auch einige Trachtzüge brachte der vergangene Monat, an einem Tag ging das Jünglein an der Waage 1850 g höher, gewiß ein bemerkenswertes Ergebnis am 24. April. Der Witterungsumschlag am 28. bereitete der gehobenen Hoffnung rasch ein jähes Ende. Hätte der April nur wenigstens die kalten Tage bei seinem Scheiden mitgenommen. Wir hoffen, daß die Maisonne denselben bald ihr Handwerk legt; denn sie sind der Entwicklung alles Lebenden immer ein Hemmschuh, besonders im Anfangsstadium: Wenn draußen die Quellen versiegen, läßt die Königin mit der Eierlage sofort nach, aus denselben Ende April bis Mitte Mai entstehen die Bienen, welche die Hauptkraft im Allgemeinen zu schlagen haben. Aber nicht nur dadurch erfahren die Völker einen Rückschlag und Stillstand, sondern viele tauende bleiben draußen auf dem Felde der Arbeit, wenn ein eisiger „Kossauer“ sie jäh überrascht. Scharenweise müssen die Emfingen oft auf dem halben Wege oder nur halb beladen umkehren, denn eine dunkle Wolke verkündet den nahen Tod. Wohl denen, die sich warnen lassen und die nicht noch ein Tränklein oder Wehrlörnlein mitschmend, dem Untergang sicher sind.

Eine Tränke mit lauwarmen Wasser in der Nähe des Standes, rettet gerade in diesen Tagen ungezählte Bienen. Sorge aber dafür, daß die Tränke nie verstopft, denn die Immen lassen sich nicht lange nassführen und bleiben weg, wenn sie einige Mehrgänge gemacht haben. Wasser und Wärme sind auch bei den Bienen notwendige Dinge.

Heute, am 2. Mai, ist es tatsächlich zu kühl, um mit der Feder im ungeheizten Zimmer zu arbeiten und lustig brummt der Ofen, um die Beobachtbarkeit des Imkers zu erhöhen. Denke an solchen Tagen doppelt daran, daß die Bienen keine Eisbären sind und da sie brüten müssen, noch mehr Wärme brauchen als ihre Pfleger. Darum die Winterkissen nicht zu früh entfernen. Erst dann, wenn die Entwicklung der Völker für diese kleinen Raum mehr erübrigt. Ich lasse lieber die Völker in der dritten Etage (in der auch ein Winterkissen steht) als daß ich das untere zu früh wegnehme.

Jetzt verlangen unsere Bienen die aufmerksamste Pflege des ganzen Jahres. Sollen sie zur Hauptkraftschlagfertig sein, so dürfen sie in dieser Zeit keinen Nahrungsmangel haben, sondern müssen im Fett schwimmen. Die Königin richtet sich mit ihrer Eierlage nach dem vorhandenen Vorrat. Im vergangenen Winter, mit der gleichmäßigen Temperatur, haben unsere Völker zumal sie stark waren, nur geringe Mengen Futter gebraucht, weshalb Vorratung im Frühjahr nur bei den nachlässigen Imkern vorkommen konnte. Mit der Futterlosigkeit sollte der Bienenzüchter im Frühjahr nicht laufen müssen. Sie schädigt im Frühjahr mit Recht das Vertrauen zu dem betreffenden Züchter. In Trachtpausen ist das beste Heilmittel die entbehrliche, in warmes Wasser gelassene Honigwabe. Ist es eine schöne Arbeiterwabe, so wird sie direkt an die Brut angehängen und in wenig Stunden finden wir schon Eier in den geleerten Zellen. Konkreter Honigwabe läßt auf die Eierlage ebenfalls einen großen Einfluß aus. Können wir bei kühler Witterung den Bienen etwas lauwarmes Wasser im Stode selbst geben, ohne daß Wärme verloren geht, so sind weniger genötigt auszukücheln, um Wasser im Freien zu holen. Der im letzten Monatsbild erwähnte Schwarzschilder Futter- und Tränkeapparat läßt sich dazu tauglich verwenden. Hier näher auf die Brauchbarkeit desselben einzugehen, könnte als Reklame betrachtet werden und verweise ich auf die Besprechung desselben im nächsten Vereinsblatt (Juni) und wenn's zu lange geht, der Frage beim Schreiber dieser Zeilen direkt an.

Wollen wir ein Volk zur größten Tätigkeit anspornen, so müssen wir vor allem die Vorkasse desselben betreiben. Wir hängen zur Erweiterung ganze Mittelwände ein und sporen die ausgebauten Waben bis zur Haupttrachtzeit an, wo sie viel nützlicher für uns verwendet werden können. Dabei ist aber zu beachten, daß wir die Kunstwaben am rechten Platz und zur rechten Zeit einhängen. Sie sollen Brut- und keine Honigwaben geben; darum müssen sie dahin kommen, wo die Königin gerade arbeitet, d. h. wo frische Eier gefunden werden. Ist der Meister an der Grenze des Brutnestes, so werden Mittelwände an die Brut angehängen, ist er aber im Zentrum des Volkes, so geht es zu lange bis die Wabe befüllt wird und wird als Aufweicherungs- und Wabengabe benötigt; darum in diesem Falle die Mittelwand in die Mitte; aber nie 2 solche nebeneinander, da sonst der Vorkörper zu sehr getrennt wird. Daß man keine Wabe im Honigraum anhängen läßt, geht aus dem Gelegenen ohne Weiteres hervor. Solange eine eingehängte Wabe nicht befüllt ist, hänge ich keine neue ein. Durch diese Art der Erweiterung können wir, wenn auch das Schwärmen nicht ganz verhüten, so doch den Schwarm bis nach der Tracht verdrängen; denn im Grunde genommen muß unter Bestreben davon gerichtet werden, daß unsere Völker geerntet die Haupttracht schlagen und dann schwärmen, dazu aber noch weitere Maßnahmen nötig, die hier nicht genauer besprochen werden können.

Im Mai beginnt auch die Zeit der Königinnenreue. Völker die trotz junger Weisel nicht vorwärts wollen, veranlassen: Nelejo 41, Vers 24: Es ist eine ungeratene Sippschaft. Keinesfalls darf die Königin beibehalten werden; aber gar von ihr eine junge nachgezogen werden; denn von einem Raben kann niemals eine Nachtigall abkommen. Die Königinnen nachgezogen werden, ist ein Spezialgebiet, das in dem engen Raum, den die Tageszeitung uns bereitwilligst in dankenswerter Weise zur Verfügung stellt, nicht besprochen werden kann.

Zum Schluß kann nicht unbefprochen bleiben, daß es auf-fallend und bestrebend erscheinen muß, wie viele Kreisvereine bei ihren Beratungen aller nützlichen Nebenbeschäftigungen der Landwirte gedenken und sie mit Beiträgen unterstützen, nur die Bienenzucht geht leer aus. Die badische Landwirtschaftskammer dagegen hat die Wichtigkeit der Bienenzucht anerkannt und zu ihrer Förderung einen namhaften Beitrag zur Verfügung gestellt. Auch einige Kreisvereine haben schon sehr eifrig für das Gedeihen der Bienenzucht ein warmes Herz. Obenan unter diesen steht der Kreis Freiburg. Was nützen uns z. B. die schönsten Obstanlagen (für die erzeuherliche Weise in einzelnen Kreisen mehrere 1000 Mark verwendet werden, ohne selber an die Bienenzucht zu denken), wenn es in dem Gebiete an Insekten fehlt, welche die Befruchtung bewirken. Als das Insekt kommt im Allgemeinen nur die Biene in Betracht, da es die einzige Art ist,

die in so großen Scharen überwintert. Vielleicht geben diese Zeilen da und dort den Anstoß, damit der Stein ins Rollen kommt. Wir Imker sind für jede Förderung der Poesie der Landwirtschaft, wie die Bienenzucht genannt wird, dankbar.

Wagtagsergebnisse: Gesamtgewicht Volk a. 38,200 Kg.; b. 52,900 Kg. Zunahme durch Tracht a. 1,400 Kg.; b. 2,650 Kg. Abnahme a. 2,200 Kg.; b. 5,000 Kg.; höchste Temperatur +24° C., niedrigste -5° C.; ganz helle Tage 18, teilweise hell 5, Regen 10, Neiß 2, Dien Heill

Kaufmannsgericht Mannheim.

Vors. Richter Dr. Erdel; Beisitzer aus dem Kreise der Kaufleute: Markus Hirschland und Ed. Mayer jr.; aus dem Kreise der Handlungsgehilfen: Karl W. Brenner und Phil. Eder.

F. L. war laut schriftlichem Lehrvertrag vom 29. August 1908, als Handlungslehrling bei der Firma S. u. M., Zigarrenfabrik beschäftigt. Anfang Januar 1. Ns. wurde er vorzeitig aus der Lehre entlassen. Sein Klageanspruch geht auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses bis zum vertragmäßigen Endtermine oder Zahlung der vertragmäßigen monatlichen Vergütung vom 1. März ds. Js. ab bis zum Ende der bedungenen Lehrzeit. Der Beklagte beantragte Abweisung der Klage. Zur Begründung der erfolgten vorzeitigen Auflösung des Lehrverhältnisses trug der klagende Vertreter u. a. Folgendes vor: Am 8. Januar habe der Lehrling den Auftrag erhalten, bei Kohlenhändler Sch. eine Rechnung von 52 oder 53 M. zu bezahlen. In diesem Zwecke habe er 3 Zwanzigmarkstücke mitbekommen. Die Rechnung sei von dem Lehrling quittiert zurückgebracht worden. Gleich darauf aber habe die Frau des Sch. telephoniert, daß der Lehrling die 3 Zwanzigmarkstücke wieder mitgenommen haben müsse, da dieselben nicht vorläuden. Zur Rede gestellt, habe der Lehrling bestritten, die 60 Mark wieder an sich genommen zu haben; Frau Sch. habe aber auf Mitteilung dieses Ergebnisses der Befragung des Lehrlings darauf bestanden, daß sie die 60 Mark nicht habe. Ueber diesen Vorfall wurde auf beiderseitigen Antrag Frau Sch. als Zeuge eidlich vernommen. Die Beklagte machte zur Begründung ihres Klageabweisungsantrags weiterhin geltend, daß am 13. Januar zwischen dem Vater des Lehrlings und dem Zeilhaber S. eine Einigung stattgefunden habe, wonach der Lehrling als rechtmäßig entlassen gelten sollte, die klagende Firma aber die Vergütung bis Ende Februar bezahlen sollte. Der klagende Vertreter (Vater des Klägers) gab zu, daß er in der Tat die 40 Mark für Januar und Februar bekommen hat; er stellte aber in Abrede, daß er damit in die Auflösung des Lehrverhältnisses gewilligt habe. Gegenüber dieser Behauptung berief sich der klagende Vertreter auf seinen Commis F. als Zeugen dafür, daß der Zeilhaber S. sofort nach Wenzigang seiner Unterredung mit dem Vater des Lehrlings diesem (dem Zeugen) mitgeteilt habe, er habe sich mit dem Vater geeinigt, der Lehrling sei entlassen, habe aber sein Gehalt für Januar und Februar mit 40 Mark bekommen.

Das Urteil lautet auf Abweisung der Klage unter folgender Begründung: Legt man die durchaus glaubwürdigen Aussagen der Frau Sch. zu Grunde, so könne eigentlich kaum ein Zweifel daran aufkommen, daß der Lehrling die 60 M., welche er der Frau Sch. auf den Tisch gebracht hatte, unbemerkt von dieser wieder an sich genommen und für sich behalten habe; denn eine andere Möglichkeit sei nach den Befundungen der Frau Sch. kaum vorhanden. Das Gericht wolle jedoch nicht soweit gehen, die Unterföhlung des Lehrlings als erwiesen anzunehmen; denn es bedürfte dieser Annahme nicht. Vielmehr sei es für die Beklagte als Grund zur sofortigen Auflösung des Lehrvertrags genügend gewesen, daß der Lehrling infolge der Mitteilungen der Frau Sch. in dem dringenden Verdacht stand, die 60 M. veruntreut resp. der Frau Sch. entwendet zu haben. Dieser bringende Verdacht habe es der klagenden Firma unmöglich gemacht, den Lehrling, der bis dahin wiederholt zu Selbstgeschäftsbeurteilungen verwendet worden war, zu behalten. Schon aus diesem Grunde sei auf Abweisung der Klage zu erkennen. Dazu komme aber noch, daß die Behauptung des klagenden Vertreters, er habe sich mit dem Vater des Lehrlings über die Auflösung des Lehrvertrags geeinigt, zweifellos zutreffend sei. Dafür spreche die Tatsache, daß sich der Vater des Lehrlings den Gehalt desselben bis Ende Februar habe bezahlen lassen und außerdem insbesondere auch die Befundungen des Zeugen — des Commis F.

Gerichtszeitung.

Darmstadt, 11. Mai. Der bisher noch unbestraft 46jährige Bürgermeistersekretär Peter Weber von Dieburg hatte sich heute wegen Unterschlagung von Mündelgeldern in der Höhe von 2675 M. zu verantworten. Weber bezog bis zum Jahre 1907 einen monatlichen Gehalt von 60 Mark und sollte damit eine Familie von 7 Köpfen ernähren. Vom Jahre 1907 bezog er 75 Mark, wurde jedoch krank, und bezog während seiner Krankheit keinerlei Krankengeld oder sonstige Unterstützung. Dadurch wurde Weber veranlaßt, die ihm anvertrauten Mündelgelder anzugreifen. In der Rechnung, die er dem Vormundschaftsgericht vorzulegen hatte, waren die entnommenen Beträge als Darlehen für fingierte Personen eingetragen. Seine Unterschlagung wurde ihm durch das Vormundschaftsgericht erleichtert, welches sich nicht die dazugehörigen Beweise vorlegen ließ. Der Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt.

Stimmen aus dem Publikum.

Die Käufertafelstrafe, welche zweifellos zu denjenigen Straßen Mannheims zählt, die den größten Fußwerkverkehr aufzuweisen haben, befindet sich in einem Zustande, welcher auf den Passanten nicht nur unangenehm, sondern geradezu gesundheitschädlich einwirkt. Dadurch, daß die Straße infolge des regen Verkehrs der stärksten Lastwagen völlig ungesperrt ist, ist die Staubentwicklung eine ganz enorme und belästigt jeden Menschen, der in die mäßige Lage kommt, diese Straße benutzen zu müssen. Am meisten jedoch haben die Bewohner der Käufertafelstraße unter diesem Zustande zu leiden; auch sind die vielen armen Kinder zu bedauern, welche diesen Weg täglich viermal zu begehren gezwungen sind, um die Schule Wohlgelegen zu besuchen. Nur ganz selten bekommt man den städtischen Sprengwagen zu sehen, der das Begleichen der Straße recht oberflächlich besorgt. Man bittet dringend um Abhilfe dieses unhaltbaren Zustandes. B.

Die obere Redarüberfahrt nach dem Friedhof. Vor einigen Jahren wurde im „General-Anzeiger“ bekannt gegeben, daß der Fahrpreis an der oberen Redarüberfahrt nach dem Friedhof von 5 Pf. auf 8 Pf. herabgesetzt wurde. Dessen ungeachtet wird von dem verkehrenden Publikum immer der alte Preis von 5 Pf. verlangt und bezahlt. Es wäre Pflicht der maßgebenden Behörde, hier unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Auch wäre es angebracht, eine Hochordnung nebst Tarif öffentlich anzubringen, der unteren Überfahrt entsprechend.

Mehrere Friedhofbesucher

**Eine grosse Kanne**

Kaffee ist billig zu bereiten, wenn Sie auf etwa 6-8 Tassen einen Kaffeeschlüssel voll Pfeffer & Miller's allein echter Kaffee-Essenz als Zusatz zum Kaffee nehmen. Ebenfalls auch empfehlenswert als Zusatz zum Malakaffee, um diesen kräftiger im Geschmack und besser in der Farbe zumachen.

Überall erhältlich in Originalpackungen u. Paketen 5848

**Pferde-Rennen**

des **Höf. Rennvereins Neustadt a. S. zu Hasloch**

am **Donnerstag (Himmelfahrtstag), 20. Mai, 2 1/2 Uhr** beginnen

**Öffentlicher Totalisator.**

Mitgliedsbeitrag pro Jahr 10 Mark. 7022

Anmeldungen nimmt die Kasse in Hasloch entgegen.

**Kaufhaus-Passage.**

In dem Durchgang Breitenstraße-Klosterstraße (Kaufhaus-Passage) sind verschiedene größere und kleinere **Schaukästen** geeignet für Photographen, Lithographen, kunstgewerbliche Ausstellungen und ähnliche Geschäfte zu vermieten. Nähere Auskunft wird im Kaufhaus, Zimmer 32, II. Stock erteilt.

Mannheim, den 11. Mai 1909.  
Städt. Hochbauamt:  
Perry. 52455

**Hypothekengelder**

nach amtlicher und privater Schätzung auch für industrielle Werke zu günstigen Bedingungen vermittelt 4780

**Egon Schwartz**

Bankvertretung für Hypotheken. — Liegenschafts-Vermittlung.  
Friedrichsring **T 6, 21** Telephon 1734.

Bitte genau auf meine Firma zu achten.

**Bekanntmachung.**

Nr. 8790. Die Städtische Sparkasse Mannheim hat in den nachgeannten Stadtteilen und benachbarten Orten **Annahmestellen für Spareinlagen** eingerichtet und die Verwaltung derselben den beigezeichneten Personen übertragen: 81804

- in Stadtteil **Kühndorf**: im Hause Meerfeldstraße Nr. 19; Inhaber der Annahmestelle: Herr Kaufmann Friedrich Kallert;
- Schwefingerstadt: im Hause Schweingergstraße Nr. 19; Inhaber der Annahmestelle: Herr Rathias Hess, Inhaber eines Dreier- und Vierermerleierleier-Geschäfts;
- Östliche Stadterweiterung: im Hause Elfenbeinstraße Nr. 7; Inhaber der Annahmestelle: Herr Kaufmann Peter Döbner;
- Kedarsdorf: im Hause Mittelstraße Nr. 69; Inhaber der Annahmestelle: Herr Kaufmann Wilhelm Oeder;
- Junghof: im Hause Beilstraße Nr. 22; Inhaber der Annahmestelle: Herr Kaufmann Ferdinand Schlotter;

in der Gemeinde **Sandhofen**: im Kaufhause Bernhard Weber in der Nähe des Bahnhofs; Inhaber der Annahmestelle: Herr Kaufmann Bernhard Weber;

in der Gemeinde **Wahlstadt**: im Hause des Adam Troppmann, Schreinermeister; Inhaber der Annahmestelle: Herr Adam Troppmann.

Bei diesen Annahmestellen, die für das Einlagepublikum täglich während der üblichen Geschäftsstunden geöffnet sind, können Einlagen zunächst in Beträgen bis zu 200 Mk. für eine Person und während einer Woche vollzogen werden.

Wir empfehlen diese Annahmestellen dem Publikum zur regen Benutzung.

Mannheim, den 24. Juli 1908.  
Städtische Sparkasse:  
Schmelzer.

**Statt besonderer Anzeige.**

Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, dass heute früh 4 Uhr, im Alter von 49 Jahren, meine innigstgeliebte Gattin, unsere treu besorgte Mutter 7994

**Rosa Grabenstein**  
geb. Fehrenbach

plötzlich an Herzkrankung verschieden ist.

**L. Grabenstein, Gerichtsreiber und Tochter.**

Mannheim, den 12. Mai 1909.  
Die Beerdigung findet am Freitag, 14. d. M., abends 1/2 5 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

**Dresdner Bank**

Berlin. Dresden. Frankfurt a. M. London.  
Bremen. Cassel. Chemnitz. Hamburg. Hannover. Mannheim.  
München. Nürnberg. Altona. Augsburg. Bautzen. Bückeburg.  
Detmold. Emden. Freiburg i. B. Fürth. Greiz. Heidelberg. Leer.  
Lübeck. Meissen. Plauen i. V. Wiesbaden. Zwickau i. Sa.

**Unser Prämien-Tarif für Versicherung gegen Coursverlust**  
bei Auslosungen, umfassend die im Juni cr. zur Verlosung gelangenden versicherungsfähigen Wertpapiere, ist erschienen und wird allen Interessenten auf Wunsch zugesandt.  
7992

Dresdner Bank.

**Seminar**  
für 5667

**Sprachlehrerinnen**  
Dir.: Jos. Visser  
D 2, 15 Tel. 1474

Auch dieses Jahr haben sämtl. Kandidatinnen d. Staatsexamen bestanden.  
Beginn d. neuen Semest.:  
**17. Juni 1909.**

**Verloren**

Sonntag, den 9. Mai. Aktenpart. Pamentische, buntefarb. Inhalt: Portemonnaie, Schlüssel, Gedenkbuch, Geldbörse, abgeben Radweghafen, Westr. 40, 2. St. 9191

**Geldverkehr**  
Mit 5000 Mk.

dreifachen Gewinn innerhalb 4 Wochen. Streng solide Sache. Von reich entlohn. Reflektionen gefl. Angebote an Postfach 233 hier. 9189

**Ankauf.**  
Oefen u. Herde,

gut erhalten, zu kaufen gesucht. S. 6, 21, 2. Stod. 9180

**Vermischtes.**  
**Bäckerei**

zu pachten mit Verkaufsrecht in nur guter Lage. Offerten unter Nr. 9193 an die Exped. d. Bl.

**Matratzen** anweisen von W. an, Tübingen u. W. 5 an im Hause. 9184  
fertig, B 3, 2, Stod. 2. St.

**Verkauf.**  
Gelegenheitskäufe in neuen und gebrauchten erstklassigen

**Bülow-Pianos**

bester Konstruktion, in jeder Größe und Ausstattung. Neueste niedrige Kaufpreise. — Preisliste frei.

Fr. Siering, C 8, 8  
Kein Laden. 6707  
Werte von monatl. 5 Mk. an

**Zu verkaufen**

ein gut erhaltener Schreibtisch  
2 Stühle, 1 Schrank.  
P 7, 14 partierre. 5665

Gebraucht. Piano m. schönem Ton billig zu verkaufen. 9188  
Röh. Kleinfelder. 52, 2. St. v.

**Wollmousseline**

Die schönsten Muster und besten Qualitäten von **55 Pfg. d. M. an**, finden Sie bei

**S. Fels.**

7989

**Meine bekannte Spezialität: 2674**

**Reismehlseife**

ist die beste und vorteilhafteste Toiletseife, per Pfund 90 Pfg.

Grosses Lager in **Kämmen, Bürsten, Schwämmen etc.**

Marktstr. Sellenhaus P 2, 2  
**Moritz Öttinger Nachf.**  
Inh.: R. H. Stock  
Telephon 2952

**Stellen finden**

Ein junger **Mechaniker**

der etwas Kautions stellen kann, zum sofortigen Eintritt nach Heidelberg gesucht. Näher. mit Nr. 5614 an die Exped. dieses Blattes.

Zuverlässige, gewandte **Maschinen-Schreiberin**

mit guter Handschrift zum sofortigen Eintritt bei dauernder Stellung gesucht. Offert. unter Nr. 9155 an die Exped. dieses Blattes.

Gesucht für 15. Mai od. spät. tücht. Mädchen i. H. Haush. Ruppertsdr. 14, 1. Tr. r. 6101

**Zu vermieten**

**K 3, 9** 4 Zimmer m. Bad, zu vermieten. Näheres partierre. 5688

**P 4, 13, Str. 2** 2 Zimmer u. Küche zu verm. 9187

**D 5, 10** 1 Zimmer, Küche und Bad zu verm. 9192

**P 7, 2** 1. Stod. 7 Zimmerwohnung sehr preiswert per 1. Juli oder später zu vermieten. 9186

**R 3, 2** 4. Stod. gegenüber Kirchhof, 5 große Zim. mit Bad u. reichl. Zubeh., neu hergerichtet, sofort oder später zu vermieten. Näheres habn. 1956

**U 5, 52** 2. St., 3 Zimmer u. Küche zu verm. Näheres 2. Stod. 9185

**Gute Wäsche jeder Art**

kaufen Sie am Vorteilhaftesten 7990

im **Totalausverkauf** der

Wäschefabrik **Rudolf Gardé**

Verkauf gegen Bar

**D 1, 11** Verkaufszeit 9-12, 3-7 Uhr Tel. 1443

**Neue 16kerzige Osram-Lampe**

l sowie alle anderen Osramlampen

sofort lieferbar. 5856

**Frankl & Kirchner**

P 7, 24 Tel. 214. P 7, 24

**Zwangs-Versteigerung.**  
Donnerstag, d. 13. Mai, nachmittags 2 Uhr, werde ich im Pfandlokal, Q 4, 6, hier, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 5666

1 Staudmaschine, 1 Fließholz, 2 Umbel, 1 Fleischhacker, 3 Bierbänke, 1 Bohrmaschine, 1 Fleischung, 1 Patentlötlampe u. Möbel aller Art.  
Mannheim, 12. Mai 1909.  
**Kollinger, Gerichtsvollzieher.**  
Ein noch gut erhaltenes **Bett** billig zu verkaufen. Näheres Kleinfelder. 49, 1. Stod. 9157

**Wohnungen**

**Mieter** erhält Wohnungen, Läden, Magazine u. Bureau kostenlos nachgew. d. das Central-Bureau f. leere Wohnungen, P 8, 19. Bureaustr. 8-10 vorm. u. 2-4 Uhr nachm. 9009

**B 2, 5** 2. Stod. 2 Zim. an ruhige Familie zu verm. Näheres 2. Stod. 8456

**B 3, 2** 2. Stod. 2 Zim. u. Küche u. Bad. In erstogen partierre. 5690

**B 5, 6** 2. Stod. 4 Zimmer, Küche und Zubehör per 1. Juli zu vermieten. Näheres partierre. 4316

**B 8, 8** 2. Tr. 2 Zim., Wohn- u. Schlafzim. an 1 od. 2 tel. Herr. zu verm. 9851

**B 6** 1 Tr. hoch. schöne 5 Zimmer mit Bad etc. preiswert zu vermieten. Näheres durch **Max Schäfer, Ob. Poststr. 15, Tel. 1218.**

**B 6, 1** 3 Tr., zwei unmöbl. Zimmer mit Bad, an eine Herrn zu verm. 8454

**C 4, 20/21, 1 Tr. 115.** 2 feere Zimmer u. 1. Juni zu verm. Datselbst 1 sah neues Damenfahrzeug 5. verk. 8707

**C 8, 11** 2. Stod. 7 Zimmerwohnung mit Zubehör, 2 tel. 2. Stod. mit Balkon per 1. Juli zu vermieten. 5457

**C 8, 16, 11** schöne 4 event. 5 Zimmerwohnung mit Speisekammer, Mädchenkammer, Bad und elektr. Licht bis 1. Juli zu verm. Näheres Rheinstr. 5, Bureau 115b. 5543

**C 8, 19** 1. St., Seitenbau, 3 Zimmer, u. Küche neu hergerichtet, an kleine ruh. Fam. zu verm. 5640

**D 1, 2** 2. Stod. 5 Zimmer u. Küche zu vermieten. **J. J. Culling.**

**D 1, 9** 2 Tr., 5 Zimmer, Küche nebst Zubehör per 1. Juli zu verm. Näheres A 3, 2 partierre recht nachmittags. 8164

**D 7, 2** elegante 7-Zimmer-Wohnung 1 Treppe hoch, mit reichlichem Zubehör od. Partierre-Wohnung, auch für großes Bureau geeignet per 1. Oktober d. J. zu vermieten. 5690  
Näheres D 7, 2 partierre.

**D 7, 13, part.** neu herriet. 5 Zimmerwohnung mit Zubeh. sofort zu verm. 848  
Nab. P 2, 1, III. 115 1-4

**E 3, 15** 2. Stod. mit Balkon, 3 Zim. Küche und Zubehör auch als **Bureau** zu vermieten. Näheres im Laden. 5074

**E 7, 22** 2. Stod. schöne 8 Zimmerwohnung mit allem Zubehör per 1. April od. 1. Juni zu verm. Nab. Bureau, Rosenengartenstr. 20. 1199

**F 3, 1** schöne 3 resp. 4 Zimmerwohnung mit Küche, Bad, Kammerchen, per 1. Juli zu verm. 5240  
Nab. bei Kubo, P 4, 1, 1. St.

**F 3, 7** 2. St. Wohnung 4 Zimmer, u. Küche mit Zubeh. an ruh. Fam. zu verm. 4889

**F 8, 8 (Kirchenstr. 5)** schöne Wohnung, 3. Stod. 6 Zimm. u. Zubehör d. 1. Juli zu vermieten. 4045

**G 4, 4** 2. Stod., 3. St., 2 Zim. u. Küche zu verm. 9067

**G 3, 4** 3. Stod. 3 Zim. u. Küche auf 1. April 1. J. zu vermieten. Nab. Eichbaumdrucker. 4022

**G 3, 12** 4 Zimmer und Küche per sofort oder später zu vermieten. Näheres bei **G. Jost.** 8705

**G 3, 13 u. 16**

4 und 5 Zimmerwohnungen, auch als Bureau zu verm. Nab. Ob. U 1, 20, Tel. 2654. 8563

**G 3, 15** 3 schöne Zimmer, 2 Baderzimmer und Küche per 1. Juni zu vermieten. 4364

**G 6, 1** Wohnung von zwei 3. St., 5 bis 6 schöne ger. Zim. u. Küche, neuberg. bill. zu verm. Nab. 2. Stod. 1863

**G 7, 20** 3. St., 5 bis 6 schöne ger. Zim. u. Küche, neuberg. bill. zu verm. Nab. 2. Stod. 1863

**G 7, 26** Partierrewohnung 2 Zimmerwohnung mit reichl. Zubehör sofort od. 1. Juni zu verm. Näheres 2 Treppen hoch. 4053

**H 1, 3** 2 Tr., 5 Zim., 2 Wohnung zu vermieten. 5374

**H 1, 14** Partierre, 2. Stod. 5 Zim. mit Zubeh. sofort zu verm. 4950

**H 2, 19** 5 Zimmerwohnung, 2. Stod. 10. zu verm. 5555  
Nab. Ob. U 1, 20, Tel. 2654.

**H 3, 8** Im 4. Stod. eine 4 Zimmerwohnung mit Zubehör per sofort billig zu verm. 4788  
Nab. Rheinwillerstr. 6 part. im Bureau.

**H 5, 17** 2 kleinere Zim. mit Küche an best. Fam. zu verm. 8002

**H 7, 1** 6 St., 4 Zimmer, 4 Zimmer sofort oder später zu vermieten. 5616  
Näheres 2. Stod. recht.

**H 7, 22, 2. St.,** groß. Zim., leer od. möbl. a. best. tel. Frau od. Hrl. zu verm. 8788

**J 2, 18** 4. St., 3 Zimmer zu vermieten. — Nab. Bureau, Rosenengartenstr. 20. 5054

**J 6, 3 L 4** 2. Stod. 12 vier Zimmerwohnung, mit allem Zubehör per 1. Juli 1909 zu verm. Nab. Bureau, Rosenengartenstr. 20. 4554

**J 3, 17** 2. Stod. 4 Zimmer u. Küche zu verm. 8496  
Näheres **Wöhrstraße 6.**

**J 4a, 3** 2. St. 2 Zim. u. Küche an H. Fam. u. 9118 Nab. 2. St., 25b.

**K 3, 2** Wohnung per 1. Juni zu vermieten. 8198

**K 3, 5** 2. Stod. Große gee. räumliche Wohnung, 6 Zimmer, Badezimmer, Küche, Manfard. und Zubehör per 1. Juli zu vermieten. 4920  
Preis 1000 Mark.  
Näheres S 2, 2, 4. Stod.

**L 2, 5**

2 Treppen, eleg. mit elektr. Licht und Gas neu hergerichtet 6 Zimmer-Wohnung, großes Badezimmer, Speisekammer, 3 Manfard., Keller per sofort zu verm. 2969  
In erstogen L 2, 5, 1 Tr.

**L 4, 10** Partierrewohnung, 5 Zim., Küche, Bad, gr. Wohnz., Speisekammer und Manfard. event. als Bureau sofort zu vermieten. Näheres 3. Stod. 1944

**L 6, 14** in neuem Hause Partierre-Wohnung, 5 Zim., Küche, Bad, gr. Wohnz., Speisekammer und Manfard. event. als Bureau sofort zu vermieten. Näheres 3. Stod. 1944

**L 8, 6** gegenüb. den Sauer-ischen Gärten, schöne 4 Zim.-Wohnung auf 1. Juli zu vermieten. 8098  
Näheres 3. Stod.

**L 10, 6** Partierre-Wohnung 4 Zimmer und Küche zu verm. Nab. 4. Stod. 3181

**L 12, 3** (Inkl. Gas) mit Zubeh., voll. renoviert, sofort zu verm. Nab. part. 4290

**Obere Breitestrasse**

**N 1, 2a, 2. Stod.** 9 Zimmer u. Küche, geräumig, auch für Geschäft passend, zu vermieten. Ent. a. geteilt. In erstogen datselbst haben od. Tel. 620 2851

**N 3, 12** II., 2 ineinandergehende kleinere Zimmer (entf. für Bureau passend) zu vermieten. 4922

**N 3, 13b** 6 Zim., 6 Zim., 3 Zimmer, Küche, groß. Manfardzim. per 1. Juli zu vermieten. 5654  
Nab. N 3, 13b, 3. Stod.

**N 6, 5**

5 Zimmer und Küche part., auch als Bureau zu vermieten. 8549  
Nab. Ob. U 1, 20, Tel. 2654.

**Q 7, 6** groß. Manfardzim. per 1. Juli zu vermieten. Näheres 2. Stod. r. 9104

**Schlafstellen**

**H 3, 21** 2 St., 2 Schlafstellen für Mädchen zu vermieten. 9127